

was es ankommt. Sie sind überdies sehr eng begrenzt und an viele Vorbehalte geknüpft. Es muß nicht in allen diesen Fällen, sondern es kann nur geschieden werden. Jedenfalls ist durch die Praxis erwiesen, daß die jetzigen Trennungsmöglichkeiten unzulänglich sind. — Die sozialdemokratische Fraktion hat die wichtige Angelegenheit im Reichstage durch einen Antrag zur Erörterung gebracht, der jetzt genau drei Jahre alt ist. Er fordert eine Änderung des § 1565 des BGB. in folgender Form:

Ein Ehegatte kann auf Scheidung klagen, wenn eine so tiefe Verletzung des ehelichen Verhältnisses eingetreten oder eine solche Abneigung des einen Ehegatten gegen den anderen besteht, daß einem der beiden Ehegatten die Fortsetzung der Ehe nicht zugemutet werden kann.

Ferner ist in dem Antrag Näheres über den Schuldigspruch und seine materiellen Wirkungen in bezug auf den schuldlosen Teil und die der Ehe entzogenen Kinder gesagt. Einen ähnlichen, aber weniger konsequenzen Antrag brachten auch die Demokraten ein. — Der Rechtsausschuß des Reichstags ist erst seit etwa einem Jahre auf Drängen der sozialdemokratischen Vertreter dazu gekommen, die Entscheidung in der Sache zu beschleunigen. Aus diesem Grunde wurde ein Unterausschuß damit betraut, darüber zu beraten. Die große Gegenjählichkeit der Meinungen trat dabei natürlich scharf in Erscheinung. Die Erörterungen waren langwierig und gründlich. Die Anfechtung war eifrig bemüht, zu einem positiven Resultat zu kommen. Dieses Streben ist nicht ohne Erfolg zu bleiben. Zur Rechtsauskunft; erhaltete der Unterausschuß Bericht über das Ergebnis seiner Tätigkeit. Eine Mehrheit, bestehend aus Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und einigen andern bürgerlichen Abgeordneten, legt einen Antrag vor, der den sozialdemokratischen Forderungen entgegenkommt und eine Änderung der fraglichen Paragraphen des bürgerlichen Gesetzbuchs vorschlägt.

Nun es Ernst zu werden scheint, sehen die Gegner der Reform von einer andern Seite her ein. Das Zentrum ließ erklären, daß es gegen jede weitere Behandlung und Erledigung der Sache sei, weil — dieser Gegenstand nicht zum „Notprogramm“ gehöre, das Regierung und Regierungsparteien (die „Bisherigen“) für diesen in den letzten Tagen liegenden Reichstag aufgestellt haben. Die Deutschnationalen schlossen sich dieser Erklärung an. Beide Parteien fanden Unterstützung durch einen Regierungsvertreter, der davon sprach, daß man unter den obwaltenden Verhältnissen eine so „radikale Reform“ nicht machen dürfe. Es wurde jedoch mit Mehrheit beschlossen, weiterzuverhandeln und die Sache zu Ende zu bringen.

Ziehen es denn doch bis vor kurzem, als ob trotz aller Hindernisse doch noch etwas Fortschritt geschaffen werden könne, so muß diese Hoffnung nunmehr aufgegeben werden. In der letzten Sitzung des Rechtsausschusses hat die Angelegenheit eine Wendung genommen, die keinerlei Aussicht mehr auf das Zustandekommen einer Erleichterung der Ehescheidung in diesem Reichstage bietet. Der Reichsjustizminister vergaß gar für die Regierung eine Erklärung abzugeben, die sich entschieden gegen eine Weiterbehandlung der Sache wendet. Er wies auf „die politischen Schwierigkeiten“ (innerhalb der Regierungsparteien!) hin, die Erledigung des „Arbeitsprogramms“ dürfe nicht gestört werden. Deshalb lehnt die Regierung davon ab, eine Denkschrift über die Frage vorzulegen, wie es erst ihre Absicht gewesen sei. Es bleibe nichts weiter übrig, als die Reform auf den nächsten Reichstag zu verschieben. Ein deutschnationaler Antrag, die Weiterbehandlung aufzugeben, wurde zwar mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt, die offene Sabotage der Reform wird aber das gleiche Ergebnis haben. Deutschnationale und Zentrum stellen neue Anträge, die wie Sohn auf jede ernste Behandlung der Sache amuten. Die Abstimmungen vollzogen sich in großer Verwirrung. Geschäftsordnungsdebatten liefen mit sachlichen Ausführungen bunt durcheinander. Selbst der sonst so gemessene Vorsitzende wurde von dem Raddelmann abgelenkt. So ging die Sitzung, von der man eine endgültige Entscheidung erwartete, ergebnislos zu Ende. Die nächste findet erst am Mittwoch, dem 14. März, statt. Selbst wenn der unwahrscheinliche Fall einträte, daß es im Ausschuss doch noch zu einer Abschlusssitzung der Reform käme, ist es so gut wie ausgeschlossen, daß das Gesetz im Plenum des Reichstags erledigt wird.

So muß die Reform der Ehescheidung in diesem Reichstage als gescheitert betrachtet werden! Viel Zeit und Energie sind vorläufig umsonst verfließen. Bleibt nur die Hoffnung, der neue Reichstag möge so zusammengekehrt sein, daß die Reform sofort von neuem beginnen und nun schnell und radikal durchgeführt werden kann. Eine starke Bewegung außerhalb des Parlaments würde dann die Bestrebungen im Reichstage lebhaft unterstützen.

Der Bauernkrieg

D. Berlin, 9. März. (Eig. Zus.) Die Landbewegung geht weiter. Im Kreis Oberhavel hat der Landbund eine Entschliesung gefaßt, in der es u. a. heißt:

„In allen Teilen ist der Kampf zu organisieren, insbesondere durch Sicherstellung der Nachrichtenübermittlung und der Kampfbereitschaft aller Soldaten bis zum Jahrestage. Sachliche Vereinfachung ist zu fordern. Wir sind nicht gewillt, Zwangsmaßnahmen weiter zu ertragen. Die Landbewegung ist die einzige, die das Leben des Bauern nicht zerstört.“

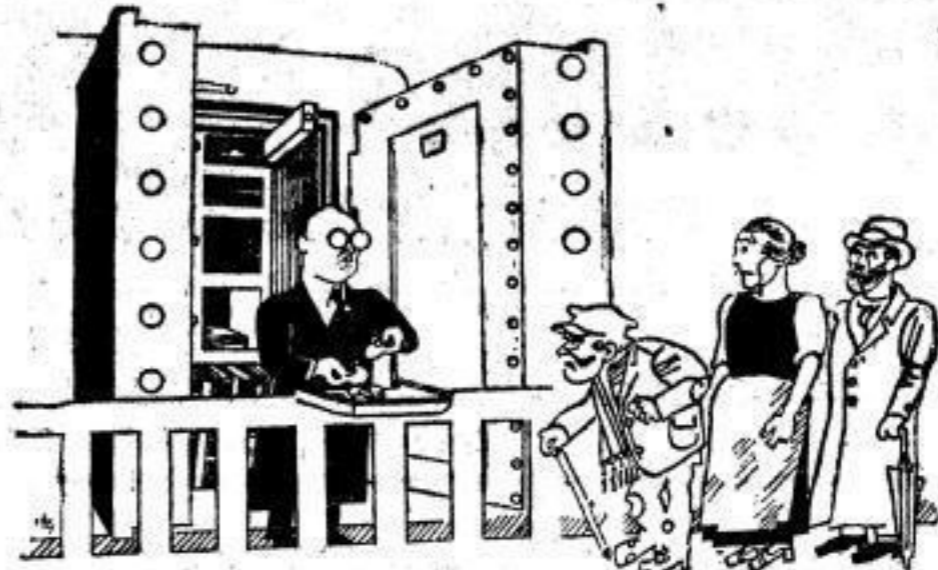
Das heißt, die Agrarier rufen zum Bauernkrieg. Die am meisten haben, die Großbauern, fürchten am meisten — und die Kleinen sollen ihnen die Maschinen aus dem Feuer holen.

Bauernkundgebung in Hessen

D. Darmstadt, den 8. März. (Eig. Zus.) In der südlichen Wehrhalle zu Darmstadt versammelten sich am Donnerstag etwa 10 000 bis 12 000 Bauern aus dem ganzen Lande zu einer Kundgebung. Mehrere Abgeordnete des Landesparlamentes hielten Ansprachen. Sie führten aus, daß die große Kundgebung die Mobilisierung der Bauern sei. Ihre Geduld sei nun zu Ende. Nach ihnen die Bauern Gerechtigkeit bei Fuß, entweder der Regierung helfe oder die Bauern treiben in den Krieg. Während der Kundgebung begab sich eine Abordnung zum Staatspräsidenten Adeling und unterbreitete ihm die Forderungen der Bauern. Adeling erkannte die Not der Bauern an und versprach, ihre Forderungen dem Kabinett vorzulegen. Die Demonstrationen sollen somit durch mehrere Stufen der Forderungen.

Verabschiedung des Arbeiterlohnens. Der Reichstag nahm am Donnerstag das Gesetz über die jährliche Einlage von Arbeiterlohn an. Danach wird die jährlich gestiegene einzahlende Arbeiterlohnsumme auf 50 000 Tonnen herabgesetzt. Ein Antrag, der eine weitere Senkung der politischen Arbeiterlohnsumme forderte, fand nicht die genügende Unterstützung.

Trost für die Kleinrentner.



Finanzminister Köhler: „Das Reich hat leider nur 25 Millionen für die Kleinrentner. Aber trösten Sie sich: ohne die Phobus-Verluste würde es das Doppelte sein!“

Kapitalistische Ernte

Erhöhte Dividenden

Berlin, 9. März. (Eig. Zus.) Die Unternehmer sind sich gleich in der einst wiederkehrenden Behauptung, daß nichts oder zu wenig verdient wird. Im Laufe des Donnerstags wurden nun 16 Jahresabschlüsse von größeren Firmen bekannt, von denen allein 13 ihre Dividenden heraufsetzten. Es zählten im Jahre 1927 gegenüber dem Jahre 1926: Die Berger Tiefbau A.-G. 20 Prozent (15 Prozent im Jahre 1926), Neue Baumwollspinnerei A.-G. 16 Prozent (12 Prozent), Sarotti A.-G., Berlin 12 Prozent (12 Prozent), Aufwollspinnerei und Weberei Bremen 10 Prozent (7 Prozent), Industriehaus Feld & Franke, Berlin 10 Prozent (10 Prozent), Aktienfäbriker Mühlberg 9 Prozent (8 Prozent), Straßener Glasbläse, Berlin 9 Prozent (8 Prozent), A.-G. für Glasindustrie, Dresden 9 Prozent (8 Prozent), Simader Lederfabrik A.S. 8 Prozent (6 Prozent), Vereinigte Holzstoff und Papier A.-G. 8 Prozent (6 Prozent), Vereinigte Werkzeugen Berlin 8 Prozent (5,4 Prozent), Vereinigte Wä-

rtische Tuchfabriken 7 Prozent (0 Prozent), Württembergische Porzellan A.-G. 6 Prozent (0 Prozent), Textilindustrie A.-G., Wiesbaden 6 Prozent (0 Prozent), Bad., Spritzenfabrik und Maschinen A.-G. 5 Prozent (0 Prozent).

Unsere Unternehmer und ihre Klappnetze gehen so faustlich mit der Behauptung hausieren, daß die Konjunktur des Jahres 1926 nur eine Mengenkonjunktur gewesen sei, und daß sie eigentlich dabei nichts verdient hätten. Wie unrichtig diese Behauptung ist, zeigen die Jahresberichte vieler unserer Unternehmungen, die beweisen, wie gut im Jahre 1926 verdient worden ist. Dabei sind die Gewinne, von denen die Öffentlichkeit etwas erfahren kann, in der Regel nur ein Teil der in Wirklichkeit erzielten Gewinne. Die Kunst, Gewinne zu verdecken, sogenannte stille Reserven zu schaffen, ist bei uns allenthalben sehr hoch entwickelt. Es wäre auch für gewisse Herrschaften im Unternehmerlager sehr peinlich, wenn die Öffentlichkeit im selben Umfang erfahren könnte, wie gute Geschäfte sie gemacht haben. Es würde ihnen dann noch schwerer werden, Leute zu finden, die ihnen glauben, daß sie es nicht ertragen könnten, wenn sie ihren „begehrlichen“ Arbeitern ein paar Pfennig Lohn mehr zahlen müssen.

Friedensreallohn?

D. Die Nominallöhne sind seit 1924 um 80 bis 90 Prozent gestiegen, so daß die Reallohn gegenüber dem Friedensstand liegen! Mit diesen und ähnlichen Behauptungen versucht das Unternehmertum, die Lohnforderungen der Arbeiterkraft in der Öffentlichkeit zu diskreditieren.

Was ist an den Behauptungen der Arbeitgeber wahr? Zugegeben werden muß, daß die Nominallöhne in den letzten Jahren stark angestiegen sind. Die scharfe Steigerung erklärt sich jedoch aus dem eigenartig gelagerten Lohn- und Preisverhältnissen am Ende der Inflationszeit. Der tarifmäßige Stundenlohn aller von der Statistik erfaßten Gewerbegruppen in den Produktionsmittel- und Verbrauchsgüterindustrien betrug im Jahre 1913 genau 67,8 Pfennig. Im Jahre 1924 machte er jedoch nur 59,1 Pfennig aus. Setzen wir den tarifmäßigen Stundenlohn 1913 = 100, so ergibt sich für Januar 1924 die Zahl 87,8. Die Arbeiterkraft trat demnach mit gedrückten Nominallöhnen in die Zeit der stabilisierten Mark ein.

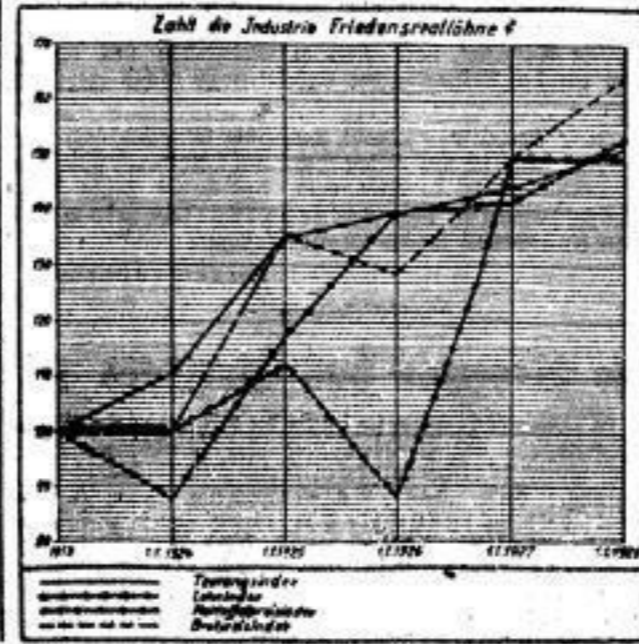
Ganz anders hatte sich die Preisentwicklung vollzogen: Der Preisindex (1913 = 100) machte nämlich im Januar 1924 nach der alten Berechnung 110 und nach der neuen Berechnung 127,6 aus. Gemessen am Preisindex liegen nicht nur die Nominallöhne, sondern auch die Reallohn weit unter Friedensstand. Daraus ergab sich die auch beim Unternehmertum anerkannte Rohindikator, Stand in Hand mit einer Reorganisation der Wirtschaft die Löhne an die Teuerung anzubauen. Das geschah im Laufe der letzten vier Jahre. Die große Differenz zwischen Nominallohn und Preisindex bedingte scharfe Lohnsteigerungen, mit denen heute das Unternehmertum die Lohnforderungen der Arbeiterkraft bekämpfen will. Ein Bild auf unser Schaubild enthält die

ganze Demagogie der Arbeitgeber. Trotz der scharfen Lohnsteigerungen liegt der Index für den tarifmäßigen Stundenlohn nur auf 152,7 an, während der Preisindex sich auf 151,3 erhöht. Somit der Reallohn in Betracht kommt, deckten sich Anfang Januar 1928 Lohnindex und Preisindex.

Damit ist aber keineswegs der Beweis erbracht, daß die Industrie heute Friedensreallohn zahlt. Der Lohnindex gibt nämlich nur den Stundenlohn an. Wiedel Arbeiter in Deutschland bleiben aber im Laufe des Jahres dauernd im Genuss dieses Stundenlohnes? Auf Grund der veränderten Wirtschaftsverhältnisse ist nämlich das Arbeitslosentum größer als vor dem Kriege, so daß das wirkliche Jahreseinkommen des deutschen Arbeiters heute wesentlich geringer ist, als der tarifmäßige Stundenlohn besagt. Auch haben wir unter dem Druck der ganzen Nachkriegsverhältnisse die sozialen Aufgaben des deutschen Arbeiters gegenüber der Vorkriegszeit gesteigert. Berücksichtigt man sie bei der Indexberechnung, so dürfte sich herausstellen, daß der Reallohn bedeutend unter dem Preisindex liegt. Auf dem Markt (pro Monat) auf, die sich nur ein kleiner Teil der deutschen Arbeiterkraft leisten kann. Die Mehrzahl der Arbeiterkraft, deren Lohn weit hinter 300 Mark pro Monat zurückbleibt, muß sich mit einer Lebenshaltung abfinden, die wesentlich geringer ist als jene, die dem Preisindex zugrunde liegt. Das heißt jedoch nach Lage der Dinge, der Arbeiterkraft verbleibt hauptsächlich Waren, deren Preis im großen und ganzen wesentlich schneller gestiegen ist als der Preisindex. In erster Linie kommen hier die Kartoffeln und das Brot in Frage. Setzen wir den Kartoffelpreis im Jahre 1913 = 100, so ergibt sich bis Anfang Januar 1928 eine Steigerung auf 150; beim Preisindex beträgt die Steigerung 164,2. Schon aus diesen Beispielen geht hervor, daß die Lebenshaltung des Arbeiters sich in den letzten vier Jahren wesentlich mehr verteuert hat, als der Preisindex anzeigt. Das ist ein schlüssiger Beweis gegen die Behauptung, daß die Industrie gegenwärtig wieder Friedensreallohn zahlt. Der Friedensreallohn ist bis jetzt immer noch nicht erreicht.

Während der letzten vier Jahre hat aber die deutsche Industrie rationalisiert und ihren Ertrag sehr gesteigert. Unsere Berechnung zeigt, daß die Arbeiterkraft bisher an diesen Rationalisierungserfolgen nicht beteiligt wurde. Wer will es der Arbeiterkraft antun, auf diese Beteiligung zu verzichten?

Die Lohnforderungen der Arbeiterkraft sind auch durch die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung bedingt. Wenn man durch Abbau der zollfreien Gewerbesteuerkontingente die Fleischpreise in Deutschland festsetzt, wenn man durch veterinäre Maßnahmen u. a. die Einfuhr billiger Lebensmittel unterbindet, verteuert man natürlich die Lebenshaltung des deutschen Volkes. Aber Vorsicht! Nach wird sich der Preisindex in den nächsten Monaten noch weiter nach oben entwickeln. Selbstverständlich müssen die Löhne folgen. Schon aus diesem Grunde kann die Arbeiterkraft auf Lohnforderungen nicht verzichten. Das muß auch dem deutsche Unternehmertum begreifen.



Dr. med. Max Hodann

Stadtarzt in Berlin

Sorgt für Massenbesuch.

Eintritt 0,50 M.

Vereine Volksgesundheit Dresden-West, -Ost und -Loschwitz

spricht Sonntag den 11. März, vormittags 10 Uhr im Gasthof Wölfnitz über: „Geschlechtliche Erziehung“
Nachm. 6 Uhr im Goethegarten in Blasewitz über: Die Geschlechtsnot der Erwachsenen

Ein

SAXONIA

STRICK-KLEID

ZUM

Wochenend

WOLLWARENHAUS

SAXONIA

WILSDRUFFERSTRASSE 25-27 u. 46

HANNEN

Hosen

Tage

Sonnabend
Montag
Dienstag

Während dieser 3 Tage besondere Qualitäten zu Ausnahmepreisen

- Hose für Herren aus praktischem, festem Strapazierstoff, äußerst preiswert. **3**
 - Hose für Herren aus bestem Manchester und englischem Leder, größte Haltbarkeit, bes. preisw. **9**
 - Hose für Herren in verschiedenen Farben, zum Teil aus besten Maßstoffen gefertigt. **12**
 - Hose für Herren, gute blaue Cheviot und andere Stoffe, m. Rundbund u. Schlaufen. **16**
 - Hose f. Herren, beste schwarze Stoffe, zum Frack u. Gebrock zu tragen, beste Ausführung. **15**
 - Hose für Herren in modernen Karos, graue und braune Dessins, elegante Ausführung. **13**
 - Hose für junge Herren in modernen Streifen u. anderen Dessins, besonders preiswert. **7**
 - Hose für Herren in verschiedenen Streifen, gute Ausführung, äußerst preiswert. **9**
 - Hose für Herren aus guten Kammgarn- und anderen Stoffen, bester Sitz, neueste Dessins. **21**
 - Hose für Herren, Knickerbockerform, verschiedenfarbige Stoffe, neueste Must., gute Ausführung. **9**
 - Hose f. H., Breechesform, beste Kord- u. and. Stoffe, bester Sitz u. Verz. **9**
 - Hose f. H., Breechesform, verschiedenfarbige Karos u. andere Dessins. **16**
- Zahlung kann erfolgen bei Kauf der Ware unter Kürzung von 3% Skonto, oder ohne jeden Aufschlag in 3 aufeinanderfolgenden Monatsraten
- MODEHAUS RENNER DRESDEN ALTMARKT**

Freie Chörevereinigung Dresden-Löbtau, v. d. D.M.S.
Nach langem Verbleib verstarb in der Heim- und Pflegeanstalt unter Sanftschmerz
Anna Metze
im hundertsten Alter von 24 Jahren
Die Beerdigung erfolgt am Sonnabend den 10. März, mittags 12 1/2 Uhr, im Krematorium in Loschwitz.
Um zahlreiches Beisein ersucht
Der Vorstand.

Berichtigung!
In unserem gestrigen Inserat muß es heißen:
1 Mr. Landhausgardine 95
weiß und bunt (nicht 1 1/2 Meter) [1373]
3 Meter Gardinestoff 95
2 Paar Scheibengardinen 95
Friedrichstädter Warenhaus

SPD., Gruppe Löbtau
Nach langem Verbleib verstarb unsere Parteigenossin
Anna Metze
im Alter von 24 Jahren
Die Beerdigung findet Sonnabend, 10. März, im Krematorium statt.
Die Beerdigung.
10781

Ewald Löschbor, Fleischermeister
Altenstraße, Eckhaus Louisenstraße 39
empfehle ich hausgebackene Würstchen und prima Fleischwaren zum zweifelsbügigen Tagespreis [1141]

SPD., Gruppe Trachenberge.
Den Parteimitgliedern zur Kenntnis, daß unter langjährigem Mitgliedschaft
Emilie Gubler, Gublerin
im Alter von 24 Jahren verstarbt ist
Die Beerdigung erfolgt morgen Sonntag, 11. März, um 10 1/2 Uhr, auf dem Friedhof in Loschwitz.
Die Gruppenleitung.

Auf vielseitigen Wunsch einmalige Wiederholung!
Capitol Lichtspiel-Theater
Sonntag den 11. März vormittags 11 Uhr
Filmvortrag Oberingenieur Dreyer
über
Canada und Alaska
Hersteller: Döring-Film-Werke Hannover in Gemeinschaft mit dem Nord. Lloyd Bremen
Preise: 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100
Vorverkauf: Generalagentur des Norddeutschen Lloyd, Prager Straße 49, und Theaterkasse. [1372]
Näheres siehe auch Plakate.

Frischkäse-Flussseife
Herba-Seife
Das ist die beste Seife für die Haut. Sie reinigt, weicht, pflegt und schützt die Haut vor allen Krankheiten. Sie ist in allen Apotheken, Drogerien, etc. zu haben.

Dringend werden
Krankenpflegerinnen
für Tages- u. Nachtdienst in hiesige Anstalten zur Ausschilfe gesucht!
Arbeitsnachweis Dresden
— Fachabteilung f. Krankenpflege —
Sobannestraße 18 / Ruf: 25881

Verkäuflerin Lageristin Buchhalterin
von ein- bis mehrwöchiger Dauer für sofortige oder spätere Aufnahme. Bewerberinnen müssen die nötigen Kenntnisse besitzen. Bewerbungen mit Zeugnis und Photographie an: **Arbeitsnachweis Dresden**, Sobannestraße 18, Ruf: 25881.

Kalbsbraten, Fleisch.
[1548]

Arbeitslose junge Männer
18 bis 25 J. alt, l. Tätigkeitsg. sucht gleich geldverdienende Arbeit. **Arbeitsnachweis Dresden**, Sobannestraße 18, Ruf: 25881.

Achtung! Diese Woche billiger gekocht. Speck
à Pfund 1 M., bei 5 Pfund 4 Pfund 95 Pf.
Plieschen, Mohndr. 52
[1042]

Das Kriegstagebuch

des christlichen Metallarbeiters R. Stumpf

„Warum die Flotte zerbrach“

unter Anflage!

Das Tagebuch des christlichen Metallarbeiters und früheren Obermatrosen, der als Sonderfachverständiger im großen Untersuchungslandes ohne Unterlass der Parteiführung gewandtes Aufsehen erregt. Mehrere ausnehmend große Verlage haben bereits um das Uebersetzungsrecht nachgesucht. Das Buch ist bekanntlich vor kurzem in der Verlags- u. Buchhandlung, Berlin SW. 68, erschienen. Die in ihrer Schlichtheit vorgelegenen mitterleichten Tatsachen haben zur Kennzeichnung des früheren militärisch-maritimen Systems ihren Eindruck natürlich nicht verfehlt. Die gewaltige erste Auflage ist fast vergriffen! Da kommt nun der Staatsanwalt! Ein Kapitän Fischer fühlt sich beleidigt und hat den Kabi demüht. Durch diese mißlungene Propaganda dürfte der Erfolg und die Verbreitung des Buches nicht behindert, sondern in Ansehung an das bekannte Sprichwort sich als Teil der Kraft erweisen, die zwar das Buch wollte, aber das Gute schaffte. Man sichere sich schnellstens die noch wenigen vorhandenen Exemplare, soweit diese in den Volksbuchhandlungen noch zu haben sind. Die gesamte republikanische Presse hat der Broschüre den Verfallert Stumpf soll auch der Reichstagsabgeordnete Dittmann, der das Wort geschrieben hat (bestimmt durch seine Broschüre „Die Marineflottenfrage“), vor den Richter zitiert werden. Als Kulturdokument der Zeit sollte darum die Broschüre in der Bibliothek eines jeden aufrechten Mannes vorhanden sein, zumal der geringe Preis von 2 M. einem jeden die Anschaffung ermöglicht.

Zu beziehen durch:
Dresdner Volksbuchhandlung, Seilnerplatz 10.
und ihren Filialen.

Dresdner Chronik

Gelegenheitskauf

Was war kalt, und ich suchte deshalb eine Gelegenheit zum Wärmern. Ich hatte auch bald ein Lokal entdeckt, wo ich unterstürzen konnte. Es gehörte zu den Gaststätten, in denen die oberen Zehntausend keinen Zutritt haben. Da kamen vier junge Herren und setzten sich an meinen Tisch. Ich saß heute, sagte der eine zu mir. Das war ja nicht viel, aber immerhin etwas. Mich hat auch gefreut, deshalb sage ich hier, erwiderte ich. Frören tue ich nicht, fuhr mein Gegenüber fort, ich habe ja einen Mantel an. Dann und Sie schon heraus, sagte ich, einen Mantel habe ich leider nicht. Was, Sie haben keinen Mantel? Nein, leider nicht, wiederholte ich. Da kann ich Ihnen helfen, meinte der andere. Haben Sie einen Mantel zu verkaufen? Ja, meinte er, und drehte sich seinem Freunde zu, um ihm etwas ins Ohr zu flüstern. Mein Freund will seinen Mantel verkaufen, er hatte noch einen zu Hause. Ich betrachtete den Mantel des Freundes. Nun ja, passen würde der wohl, aber wer weiß, was der kosten soll. Das ist nicht schlimm, sagte mein Gegenüber, das können Sie bezahlen. Was soll er kosten? Fünf Mark. So billig! — die hätte ich noch, aber ist der Mantel auch wirklich Ihr Eigentum? wandte ich mich an den Träger desselben. Aber erlauben Sie, da hätte ich ihn doch nicht an. Ja, danach kann man nicht immer die Mäßigkeit beurteilen, denn es tragen noch ganz andre Herren mitunter viel wertvollere Gegenstände, die doch auf unerbittliche Art erworben sind. Ich will Sie aber nicht verächtlich und glaube es, daß der Mantel Ihnen gehört. Wollen wir ihn mal ausprobieren? Ich zog den Mantel an, er saß wie angegossen. Die andern spendeten ebenfalls Beifall. Ich zog den Mantel wieder aus. Also abgemacht, aber haben Sie fünf Mark. Der Mantel war mein. Wir legten uns wieder an den Tisch und unterhielten uns noch eine Weile über alltägliche Sachen. Dann verabschiedeten sich die vier Herren und gingen. Bald stand ich ebenfalls an, machte meinen Hut ab, ging nach dem Kleiderhaken und — legte mich wieder an den Tisch. Der gekaufte Mantel und mein Hut waren verflochten. Sollte ich Anzeige erlassen oder warten, bis Mantel und Hut wiederkamen? Aber dann sagte ich mir: Für fünf Mark kann man eigentlich gar nicht mehr verlangen.

Am nächsten Tag lag ich an demselben Tisch. Da setzte sich ein junger Mann neben mich auf den Stuhl. Ich ist toll orange heute, sagte er. Ich wollte ihm erwidern, daß ich heute keinen Mantel kaufe, da fuhr der andre schon fort: Zogen Sie mal, es ist ja eigentlich eine Unverschämtheit von mir, aber ich glaube, in Ihnen einen Menschen gefunden zu haben (welche Ehrung), der Verständnis für billige Not hat. Ja, und wieviel hundert Mark wollen Sie gepumpt haben? Das nicht, entgegnete der andre, aber ich habe meinen Mantel auf dem Leibhaus und ich kann ihn nicht wieder einlösen, wenn ich ihn außer Stellung, und da ich keinen Pfennig Geld habe, lege ich mich gezwungen, diesen Wanderscheit zu verkaufen. Er schob mir den Schein hin. 20 Mark hatte er mir bekommen, der Mantel mußte also mindestens 60 Mark wert sein, denn das Leibhaus zahlte nicht zuviel, das wußte ich aus Erfahrung. Er sagte: Geben Sie mir fünf Mark. Nun gehört der Schein und damit das Anrecht auf den Mantel Ihnen. Ich kämpfte einen Kampf mit mir, bis die Ratlosigkeit siegte. Hier haben Sie fünf Mark. Das Einlösen des Mantels hat ja Zeit, meinte der junge Mann, denn bedauerte er sich für mein Entgegenkommen.

Nach aber ging denselben Tag noch zum Leibhaus, denn es war fall draußen, und legte 20 Mark und den Wanderscheit auf das Zahlbrett. Es dauerte auch nicht lange, da brachte mir der Beamte den Mantel. Der — ich gestern für fünf Mark gekauft hatte. Der Beamte mochte wohl gemerkt haben, was in mir vorging, denn er fragte mich, ob es etwa nach der Mächtige wäre. Bei ihm sei jeder Verstum ausgeklüffelt. Das glaube ich schon, entgegnete ich, doch möchte ich gern wissen, wie der vom Kleiderhaken ins Leibhaus gekommen ist...

Erweiterungsbau der Frauenklinik

Anfolge der in den letzten Jahren ständig gewachsenen Bedeutung der Frauenklinik zu Dresden, Hofenauerstraße, waren die Räumlichkeiten vielfach unzureichend geworden. In Erweiterung von geeigneten Personalräumen wurden Räume mit Wasser- und Personalbeleg werden, die ursprünglich zur Unterbringung von Wöchnerinnen und Kranken bestimmt waren. Um diese Räume für klinische Zwecke und zur Belegung mit Kranken zu unterbreiten, war man vor die Notwendigkeit gestellt, neue Wohn- und Schlafräume für das Personal und die Schwestern zu schaffen.

Über auch das bisherige Isoliergebäude (Haus C) der Frauenklinik genügte schon lange nicht mehr den Anforderungen: ungenügender Platz mußte aber die Isolierung unterbreiten. Da einer Erweiterung des bisher Isoliergebäudes dienendes Gebäude sehr große Schwierigkeiten entgegenstanden, wurde ein Neubau beschlossen. Dieser wurde auf dem früher städtischen, dann aber an den sächsischen Staat unter gewissen Bedingungen unentgeltlich abgetretenen Gelände zwischen an der Hiltlensstraße, Ecke Hiltlensstraße, errichtet. Der Entwurf sieht ein neues Krankenhausgebäude mit 60 Betten für die „Septische Abteilung“ und Wohn- und Schlafräume für zusammen 28 Schwestern, 11 Köpfe Hauspersonal und Wohn- und Schlafräume für fünf Hilfskräfte.

Das dadurch überwindende bisherige Isoliergebäude (Haus C) soll zur Unterbringung von Personal, Aufenthalt und Speisestuben für Wöchnerinnen, zur Lagerung von Vorräten für die Isolierabteilung und zur Aufbewahrung von Dienstutensilien eingerichtet werden, da es der Ansicht bisher an hierzu geeigneten Räumen fehlte.

Der Neubau ist in seinem Rohbau jetzt fertiggestellt.

Wer soll die Belastung tragen?

Über Wohlfahrtspflege und Getränkesteuer werden in einer Versammlung des Stadtrates Dresden am Donnerstag der Sozialhygieniker Landtagsabgeordneter Professor Dr. Zehle und die Landtagsabgeordnete Frau Dr. Ullrich. Dr. Zehle wies darauf hin, daß hinter der glänzenden Oberfläche unersättlichen Lebens, hinter den lachenden Fellen, hinter den Vergnügungsangeboten unserer Zeitungen ein notleidendes Volk leidet, von dem die Fürsorgebehörden, die Zeitungsredaktionen, die Wohlfahrtspflege und die Gesundheitspläne der Gemeinden erzählen. Sie erzählen von Minderern und Eltern, von einer sozialen Not, an der wir alle mittragen, und die erträglich zu machen deshalb verpflichtet sind. Der Redner machte dann die ganze Bedeutung des Alkoholismus auf mit den Kosten der Gesundheitskosten, der Gefährdungen, der Pflegekosten, der Arbeitslosigkeit und der heute so besorgnisvollen Verelendung, und er stellte dem gegenüber die Möglichkeit, den heute für den Alkoholismus benötigten Boden für nährreichere Nahrungsmittel zu verwenden und reichliche Mittel für den Wohnungsbau zu haben. In Erkenntnis dieser Zusammenhänge haben leithen der Bedeutung eine Untersuchung erlassen, in der es heißt: „Der Offiziant ist noch viel zu wenig bekannt, daß die Städte als Träger der öffentlichen Fürsorge durch die verheerenden Folgen übermäßigen Alkoholverbrauchs zugleich finanziell

Der abgestrafte Volksstaat

Am 24. September 1927 hatte das Dresdner Amtsgericht in einer Privatklageverhandlung, in der der Schriftleiter der Dresdner Volkszeitung, Genosse Mag. Sachs, der öffentlichen Beleidigung des altsozialistischen Landtagsabgeordneten und Staatszeitungsredakteurs Karl Wehse beschuldigt war. Der Klage lag ein im März in der Dresdner Volkszeitung erschienener Artikel zugrunde, der Wehse zum Vorwurf machte, einen politischen Erpressungsversuch infolge unersinnlicher zu haben, als er seinerzeit die Frage der Ungültigkeitserklärung des Landtagsmandats des kommunistischen Abgeordneten Gwert mit der Frage der Bewilligung seines Beschlusses, Gehalts als Staatszeitungsredakteur in Verbindung zu bringen suchte. Genosse Sachs wurde in dem erwähnten Termin zu 450 M. Strafe verurteilt, aber nicht wegen Verbreitung einer nicht erweislich wahren Tatsache, sondern lediglich wegen formaler Beleidigung nach § 185 StGB. Das Gericht hatte anerkannt, daß der Wehseideweis geführt und der Vorwurf eines politischen Erpressungsversuches zu Recht erhoben worden war. Die Begründung drückte dies mit den klaren Worten aus: „Diese Behauptung entspricht den Tatsachen.“

Das Organ der Altsozialisten, der Volksstaat, brachte nun über die Verhandlung einen Bericht, in dem die Urteilsbegründung zugunsten des Beklagten völlig entstellte war, und Genosse Sachs ließ dem Blatt daher eine Berichtigung gehen. Sie wurde im Volksstaat vom 29. September veröffentlicht, aber in Verbindung mit einem Artikel, der von Verdächtigungen, Beleidigungen und unwahren Behauptungen sprach. Die Heberschrift lautete: „Der bestrafte Ehrabschneider meidet sich.“ Es folgte der angängliche Passus: „Derr Mag Sachs von der Dresdner Volkszeitung, der sich geflissentlich den Dokortitel zulegt...“ Dann wurde behauptet: „Tatsache ist weiter, daß Sachs auch wegen der Verhörungen, Wehse habe einen politischen Erpressungsversuch begangen, bestraft worden ist.“ Ferner hieß es, Sachs verfaßte also „Kampfschrift die Öffentlichkeit zu täuschen“, und schließlich leitete sich der Artikelbegriff nach folgende Bemerkung: „Wie wir erfahren, gedankt Genosse Wehse Herrn Sachs in nächster Zeit noch einige Niederlagen zu bereiten, um ihn auf diesem Wege zum journalistischen Anstand zu nötigen, den der Herr leider nicht aufzubringen vermag.“

Selbstverständlich erhob Genosse Sachs gegen den Volksstaat Klage, und am Donnerstag kam es vor dem Dresdner Amtsgericht zur Verhandlung. Als Beklagter erschien der verantwortliche Schriftleiter des Volksstaates, Richard Wehler. Man hätte meinen sollen, daß der Vertreter des Blattes, das sich eines so anmaßenden und ehrenrührigen Tones befleißigt hatte, die Angriffe der Zeitung zu verkleinern suchte. Davon aber war gar keine Rede! Vielmehr mußte der Grund entgegen, daß Wehler sich wegen des Artikels empört empfinden konnte. Er gab an, den Artikel weder verfaßt noch vor der Veröffentlichung zu Gesicht bekommen zu haben. Der Aufsatz sei ohne sein Wissen und wahrscheinlich in seiner Abwesenheit in die zweite Auflage gelangt. Er, Wehler, mache sich auch den Inhalt des Artikels nicht zu eigen, trage aber die prätextuelle Verantwortung für die Veröffentlichung.

Ein anmaßlicher Vergleichsvorschlag des Vorsitzenden scheiterte an einer besonderen Bedingung der Privatklagepartei, die in eine abgegebene Erklärung einen Passus aufgenommen wissen wollte, nach dem der Beklagte die Redaktion des Volksstaates als durch ihren Gewährsmann getäuscht be-

trüben sollte. Die Worte, mit denen Wehler dies abkürzte, liegen dem interessierten Schluß zu, daß er mit einer solchen Erklärung einem prominenten Parteigenossen von ihm gemühtemagen eine Lektüre versehen würde. Der Amtsrichter selbst hatte den beklagten Passus schließlich für annehmbar gehalten; er vertrat nach seiner Kenntnis der Dinge die Meinung, daß eine solche Täuschung doch vorgelegen habe.

Da nicht einmal der Versuch einer Zählung des Wahrscheinlichkeitsbeweises gemacht werden sollte, nahm die Verhandlung einen ziemlich raschen Verlauf. Rechtsanwalt Lothar Günther brachte als Vertreter des Genossen Sachs, um der angänglichen Artikelstelle von dem geflissentlichen Zuliegen des Dokortitels durch Sachs entgegenzutreten, ein Schreiben der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen zur Verlesung, worin Professor Dr. Fuchs als Obmann bestätigt, daß Herr Sachs am 16. Juli 1906 in der Staatswissenschaftlichen Fakultät der kieligen Universität promoviert hat. Genosse Sachs selbst bemerkte später zu diesem Thema, daß bei ihm, obwohl er dazu berechtigt sein würde, von einem „geflosslichen Zuliegen“ des Dokortitels nicht die Rede sein könne, da der Titel nur selten und nicht einmal im Impressum der Volkszeitung zur Anwendung gelangte.

Nachdem sich noch aus der durch den Vorsitzenden vorgenommenen Verlesung des in jenem Prozeß Wehse — Sachs ergangenen Urteils die ganze Haltlosigkeit gewisser Behauptungen des Artikels ergeben hatte, begründete Rechtsanwalt Günther die Klage. Er verwies auf die einzelnen beleidigenden Artikelstellen, führte auch aus, daß mehrere Behauptungen wider besseres Wissen aufgestellt worden seien, bezeichnete die Beleidigungen als sehr schwerwiegend und beantragte eine hohe Geldstrafe sowie die Befugnis zur Urteilspublikation. Es sprach hierauf der Anwalt des Beklagten, der insbesondere dem Hinweis des Artikels auf den Dokortitel eine harmlosere Deutung zu geben suchte, und dann wurde Wehler nach kurzer Beratung wegen öffentlicher Beleidigung zu 300 M. Strafe verurteilt. Das Urteil darf auf Antrag in der Dresdner Volkszeitung, im Volksstaat und im Dresdner Anzeiger veröffentlicht werden.

Das Gericht hatte, wie der Begründung zu entnehmen war, als erwiesen angesehen, daß mit dem Hinweis auf das geflossliche Zuliegen des Dokortitels zum Ausdruck gebracht werden sollte, Sachs führe den Titel zu Unrecht. Die Behauptungen, Sachs sei auch wegen des gegen Wehse erhobenen Vorwurfes des politischen Erpressungsversuches bestraft worden und habe kampflos versucht, die Öffentlichkeit zu täuschen, wurden als unwahr bezeichnet. Das Gericht habe sich hier darüber schlüssig zu machen gehabt, ob insoweit eine Verurteilung nach § 187 (verleumdliche Beleidigung wider besseres Wissen) in Frage zu kommen hätte. Dem Angeklagten sei indessen nicht zu widersprechen gewesen, daß der Artikel ohne sein Wissen erschien. Bei der Strafzumessung habe das Gericht berücksichtigt, daß der Angeklagte den Artikel nicht selbst verfaßte, sondern lediglich die prätextuelle Verantwortung trage. Andererseits seien die Heberschrift des Artikels und dessen Inhalt insofern schwerwiegend in Betracht gezogen worden.

Verlauf und Ausgang des Prozesses haben mit hinreichender Deutlichkeit gezeigt, in welcher strupellosen und unverantwortlichen Weise im Volksstaat der Kampf gegen politische Gegner geführt werden kann. Eine gründlichere Vorgesellschaft als die, die jetzt das Blatt erfährt hat, läßt sich schließlich nicht denken.

außerordentlich belästet werden. Es ist recht und billig, daß diejenigen, die den Alkohol übermäßig konsumieren und infolgedessen die öffentliche Hand mitlasten, auch zu den Kosten beitragen, die sie den Kommunen verursachen.“ Mit dieser Forderung sozialer Steuern sei der Städtetag auf dem richtigen Wege.

Frau Landtagsabgeordnete Dr. Ullrich ging aus von den Aufgaben der Gemeinden. Zur Erfüllung dieser Aufgaben standen bisher an Steuern im wesentlichen zur Verfügung die Grund- und Gewerbesteuer, die vielleicht schon über Gebühr angezogen seien, die Getränkesteuer und außerdem die Einnahmen aus städtischen Betrieben. Nachdem 1927 die Getränkesteuer durch Beschluß des Reichstages für Wein und Schnaps gefallen, für Bier auf 7 Prozent bestärkt ist, mußten die Gemeinden entweder die Grund- und Gewerbesteuer stärker anspannen oder aber die Tarife für Gas, Elektrizität oder sonstiges erhöhen, also unentbehrliche Dinge verteuern zur Schonung des Alkoholkonsums. — Häufige Maßnahmen, die Deutschland in seiner heutigen Situation nicht anstehen. England hat seinen Verbrauchssteuer, der pro Kopf ungefähr ebenso hoch ist wie der deutsche, mit einer sechsmal so hohen Steuer belegt. Das Heftelort wird in Deutschland mit 7,10 M., in England mit 46 M. besteuert. Deutschland hat im Verhältnis zum Vorkriegszeit seine Biersteuer verdoppelt, England die seine verzehnfacht. Deutschland hat seine Weinsteuern mit Ausnahme des Sektens erhöht, England die seine verdreifacht. Die Steigerung der deutschen Getränkesteuer beträgt im ganzen 31 Prozent, die der englischen 88 Prozent! Dabei ist der deutsche Alkoholkonsum einer der höchsten, nach denen entsprechend dem Danksplan die deutsche Leistungsfähigkeit errechnet wird! Die Stadt Dresden hat durch Wegfall der Getränkesteuer im Jahre 1927 einen Ausfall von 1/2 Million gehabt. Die praktische Wirkung ist eine Erhöhung der Grundsteuer, der Gewerbesteuer oder der Tarife für Gas, Elektrizität — wie wir sie ja gerade in diesen Tagen erleben. Angenehm dieser Lage sei die Stellungnahme gegen die Wirtschaft gegen die Getränkesteuer nicht veränderlich. Die nicht am Alkoholkonsum interessierten Kreise, insbesondere auch die Frauen, sollten sich fragen: Warum sollen wir diese Kosten tragen, warum nicht die Kreise, die den Alkohol konsumieren?, und sollen denn bei den Wahlen Rechnung tragen.

Es kam eine Entschädigung zur Annahme, in der von allen maßgebenden Stellen gefordert wird, daß sie um der Förderung der Volksgesundheit und Volkswirtschaft willen sich tatkräftig dafür einsetzen, daß die früheren Gemeindegetränksteuern wieder eingeführt und die Sätze wesentlich erhöht werden.

Rundfunk

In der Darmstädter Zeitung erschien am 26. Februar 1928 folgende Anzeige:

Christa

Die glückliche Geburt eines Mädchens unter den Klängen des Posauensorgels der Regenandacht durch das Radio am Sonntag, dem 19. Februar 1928, zeigen hoch erfreut an

Kathja und Friedrich Gornberger,
Darmstadt, Frankfurter Straße 40.
Mitwirkung: Selbste Frau Selm.

Aus der Tätigkeit des Verkehrsvereins des Dresdner Verkehrsvereins. Unterstützt wurden die Bemühungen des Stadtrats und der Bezirkskommission Großhain, es möchten die Dresden-Berliner Radio-Direktion (ab Dresden früh 4.30 Uhr, an Dresden nach 1.52 Uhr), die jetzt in der kleinen preußischen Stadt Gieswerda halten, obwohl dort kein Übergangsverkehr in Frage kommt. Häufig in der vormals so großen sächsischen Stadt

Großhain Aufenthalt nehmen. — Der Antrag eines auswärtigen Verkehrsvereins, Sonntagstaxifahrten Dresden-Großhain a. Elbe einzuführen, konnte nicht unterstützt werden, da bei der jetzigen, besonders für die Rückfahrt ganz ungünstigen Zubehörsbindung (über Radeburg-Pargitz) solche Sonntagstaxifahrten kaum benutzt werden würden, und da Großhain von Dresden aus in der Hauptstraße mittels der Eisenbahn besucht werde. — Die angeregte Gültigkeit der Sonntagstaxifahrten Dresden-Königsbrunn nach Radeburg und von der Station Königsbrunn Ost läßt sich nach der Mitteilung der Reichsbahnverwaltung nicht durchführen, da dann die Karten in der 3. und 4. Klasse um 10 Pf. (ab Dresden-Neustadt in der 3. Klasse sogar um 20 Pf.) reduziert würden. — Bei der staatlichen Kraftwagenvermittlung wurde beantragt, die in Aussicht stehende neue Kraftwagenlinie Pirna-Dernsdorf-Schneitzermühle über Rosenthal-Dorf Schneitzermühle bis in Wöhmen durchzuführen. — Auf eine Anregung, Herstellung einer Kraftwagenverbindung von Wahrenmühle nach der Gegend von Reudissen hat die genannte Verwaltung mitgeteilt, es sei eine Sommerlinie Wahrenmühle-Sadka-Pastroda in Aussicht genommen.

Beachtenswertes für abgestandene Kriegsbefähigte. Der Reichsbund der Kriegsbefähigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Wilsdorf, teilt mit: Nach dem Reichsverforgungsgesetz vom 12. Mai 1920 ist eine große Zahl der Kriegsbefähigten (70prozentige) abgestanden worden. Nach den Durchführungsbestimmungen des 6. Gesetzes zur Abänderung des Reichsverforgungsgesetzes und anderen Verforgungsgesetzen sind für verschiedene Verforgungsansprüche Prüfen gestellt worden, mit der Maßgabe, daß, wenn die diesbezüglichen Anträge bis zum 31. März 1928 gestellt sind, die Leistungen rückwirkend vom 1. Oktober 1927 bewirkt werden können. Wir geben nachstehende Bedingungen an, die nach der 5. Modelle zum Reichsverforgungsgesetz proportional höher bewertet werden. (Frühere Festsetzung in Klammern.)

Verlust von drei oder mehr Fingern, ausschließlich... 30 % (20 %)
 Verlust des Daumens an der Gebrauchshand... 25 % (20 %)
 Verlust der ganzen Kopfhaut (Skalpierung)... 25 % (20 %)
 Verlust (vollständige Schindung) eines Auges... 25 % (20 %)
 Verlust, Halbseitenblindheit (Hemianopsie)... 25 % (20 %)
 Verlust des Daumens... 25 % (20 %)
 Verlust aller Zähne... 25 % (20 %)
 Verlust beider Ohrmuscheln... 25 % (20 %)

Verforgungsgeldempfänger erhalten alle diejenigen, deren Erwerbseinbuße mindestens 25 Prozent beträgt. Es ist aber nach den aufgeführten Befähigungen nicht gesagt, daß anderweit befähigte und abgestandene Personen nicht wieder Verforgungsgeldempfänger erhalten können. Wir machen deshalb nochmals darauf aufmerksam, daß diesbezügliche Anträge spätestens bis zum 31. März 1928 zu stellen sind, andernfalls eine rückwirkende Zahlung vom 1. Oktober 1927 an nicht mehr gewährt werden kann.

Erziehungs- und Berufsausbildungsstellen für Zelegerweifen können nach einem Erlaß des Reichsarbeitsministers in Zukunft durch die Verforgungsämter im Weg des Verforgungsgeldempfänger bewirkt werden. Daran, die Waisenrente nach der Vorschrift des § 41 des Reichsverforgungsgesetzes beziehen oder beziehen würden, wenn sie die Altersgrenze noch nicht überschritten hätten, können danach auf Antrag im Falle des Bedürfnisses bis zum vollendeten 24. Lebensjahre eine laufende Erziehungsbeihilfe unter Anrechnung der Hinterbliebenenbezüge aus andern Quellen, z. B. der Beamten-Hinterbliebenenverforgung (einschließlich der Kinderzuschläge oder Kinderbeihilfen), der Angehörigen- oder Invalidenverforgung, erhalten. Die Erziehungsbeihilfe beträgt zehn Mark monatlich. Sie kann, wenn das Kind das 15. Lebensjahr vollendet hat, bis auf 26 M. und in ganz besonders gelagerten Einzelfällen mit Genehmigung des Hauptverforgungsamtes bis auf 36 M. monatlich

Dresdner Chronik

Gelegenheitskauf

Wahrscheinlich war kalt, und ich suchte deshalb eine Gelegenheit zum Wärmchen. Ich hatte auch bald ein Lokal entdeckt, wo ich unterstüpfen konnte. Es gehörte zu den Gaststätten, in denen die oberen Zehntausend keinen Zutritt haben. Da kamen vier junge Herren und setzten sich an meinen Tisch. Ich soll heute, sagte der eine zu mir. Das war ja nicht viel, aber immerhin etwas. Mich hat auch gefasert, deshalb ich hier, erwiderte ich. Frieren tue ich nicht, fuhr mein Gegenüber fort, ich habe ja einen dicken Mantel an. Dann und Sie schon heraus, sagte ich, einen Mantel habe ich leider nicht. Was, Sie haben keinen Mantel? Nein, leider nicht, erwiderte ich. Da kann ich Ihnen helfen, meinte der andere. Haben Sie auch einen Mantel zu verkaufen? Ja, erwiderte er, und drückte sich seinem Freunde zu, um ihm etwas ins Ohr zu flüstern. Mein Freund will seinen Mantel verkaufen, er hatte noch einen zu Hause. Ich betrachtete den Mantel des Freundes. Nun ja, passen würde der wohl, aber wie meiß, was der kosten soll. Das ist nicht schlimm, sagte mein Gegenüber, das können Sie bezahlen. Was soll er kosten? Fünf Mark. So billig! — die hätte ich noch, aber ich den Mantel auch wirklich Ihr Eigentum? wandte ich mich an den Träger desselben. Aber erlauben Sie, da hätte ich ihn doch nicht an. Ja, danach kann man nicht immer die Realität beurteilen, denn es tragen noch ganz andre Herren mitunter viel wertvollere Gegenstände, die doch auf unentgeltliche Art erworben sind. Ich will Sie aber nicht verhandeln und glaube es, daß der Mantel Ihnen gehört. Wollen wir ihn mal ausprobieren? Ich zog den Mantel an. Er paßte wie angegossen. Die andern spendeten ebenfalls Geld. Ich zog den Mantel wieder aus. Also abgemacht, hier haben Sie fünf Mark. Der Mantel war mein. Wir saßen uns wieder an den Tisch und unterhielten uns noch eine Weile über alltägliche Sachen. Dann verabschiedeten sich die vier Herren und gingen. Bald stand ich ebenfalls an, änderte meinen Rod zu, ging nach dem Kleiderkasten und — jegte mich wieder an den Tisch. Der gekaufte Mantel und mein Hut waren verschwunden. Sollte ich Anzeige ermitteln oder warten, bis Mantel und Hut wiederkämen? Aber dann sagte ich mir: Für fünf Mark kann man eigentlich gar nicht mehr verlangen.

Am nächsten Tag sah ich an demselben Tisch. Da setzte sich ein junger Mann neben mich auf den Stuhl. Er ist halt orangen heute, sagte er. Ich wollte ihm erwidern, daß ich heute keinen Mantel kaufe, da fuhr der andre schon fort: Zagen Sie mal, es ist ja eigentlich eine Unberührtheit von mir, aber ich glaube, in Ihnen einen Menschen gefunden zu haben (welche Ehre!), der Verständnis für bittere Not hat. Na, und wieder hundert Mark wollen Sie geknöpft haben? Das nicht, entgegnete der andre, aber ich habe meinen Mantel aus dem Leihhaus und ich kann ihn nicht wieder einlösen, kann ich ihn außer Stellung, und da ich keinen Pfennig Geld habe, so sehe ich mich gezwungen, diesen Pfandbrief zu verkaufen. Er schob mir den Schein hin. 20 Mark hatte er mir bekommen, der Mantel mußte also mindestens 60 Mark wert sein, denn das Leihhaus zahlte nicht zurück, das wußte ich aus Erfahrung. Er sagte: Geben Sie mir fünf Mark; dann gehört der Schein und damit das Anrecht auf den Mantel Ihnen. Ich klappte einen Kamot mit mir, bis die Unmöglichkeit lag. Hier haben Sie fünf Mark. Das Einlösen des Mantels hat ja Zeit, meinte der junge Mann, kann bedenken er sich für mein Entgegenkommen.

Nach aber ging derselbe Tag noch zum Leihhaus, denn es war fall draußen, und legte 20 Mark und den Pfandbrief an das Zahlbrett. Es dauerte auch nicht lange, da brachte mir der Beamte den Mantel, den — ich gestern für fünf Mark gekauft hatte. Der Beamte machte wohl gemerkt haben, was in mir vorging, denn er fragte mich, ob es etwa mit der Rückgabe wäre. Bei ihm sei jeder Vertum ausgefallen. Das glaube ich schon, entgegnete ich, doch möchte ich gern wissen, wie der vom Kleiderkasten ins Leihhaus gekommen ist.

E-weiterungsbau der Frauenklinik

Infolge der in den letzten Jahren ständig gewachsenen Bedeutung der ärztlichen Frauenklinik zu Dresden, Wöchnerinnenklinik, waren die Räumlichkeiten vielfach unzureichend geworden. In Erweiterung von geeigneten Personalräumen müssen Räume mit Personal und Personal belegt werden, die ursprünglich zur Unterbringung von Wöchnerinnen und Kranken bestimmt waren. Um diese Räume für klinische Zwecke und zur Belegung mit Kranken herzubekommen, war man vor die Notwendigkeit gestellt, neue Betten und Schließräume für das Personal und die Schwestern zu schaffen.

Aber auch das bisherige Hofgebäude (Haus C) der staatlichen Frauenklinik genügt schon lange nicht mehr den Anforderungen; infolge Platzmangels mußte über die Hofanlage unterhalten werden. Da einer Erweiterung des bisher Hofgebäude dienenden Hofes sehr große Schwierigkeiten entgegenstanden, wurde ein Neubau beschlossen. Dieser wurde auf dem früher hiesigen, dann aber an den städtischen Staat unter gewissen Bedingungen unentgeltlich abgetretenen Gelände zwischen an der Fürstenstraße, Ecke Fürstentorstraße, errichtet. Der Entwurf sieht ein neues Krankenhausgebäude mit 60 Betten für die „Leipziger Abteilung“ und Wohn- und Schlafzimmer für zusammen 28 Schwestern, 11 Köpfe Personal und Wohn- und Schlafzimmer für fünf Disputanten. Das darüber freigebliebene bisherige Hofgebäude (Haus O) soll zur Unterbringung von Personal, Aufenthalts- und Speiserräumen für Wöchnerinnen, zur Lagerung von Vorräten für die Krankenpflegerinnen und zur Aufbewahrung von Dienstutensilien herangezogen werden, da es der Anzahl bisher an hierzu geeigneten Räumen fehlte.

Der Neubau ist in seinem Rohbau jetzt fertiggestellt.

Wer soll die Belastung tragen?

Neber Wohlfahrtspflege und Getränkesteuer werden in einer Besammlung des Stadtrates Dresden am 27. Februar die Sozialhygieniker Landesgesundheitsrat Professor Dr. Thiele und die Landtagsabgeordnete Frau Dr. Ullrich. Dr. Thiele wies darauf hin, daß hinter der glänzenden Fassade unseres öffentlichen Lebens, hinter den lachenden Festen, hinter den Vergnügungsangeboten unserer Zeitungen ein notleidendes Volk stehe, von dem die Fürsorgeberichte, die Zeitschriften der Wohlfahrtspflege und die Hausblätter der Gemeinden erzählen. Sie erzählen von Armut und Elend, von einer sozialen Katastrophe, an der wir alle mittragen, und die erträglich zu machen wir deshalb verpflichtet sind. Der Redner machte dann die ganze Lösung des Alkoholismus auf mit den Namen der Weisheit, des Besonnenheit, der Mäßigkeit, der Frömmigkeit, der Gerechtigkeit und der heute so besorgnis erregenden Verheerung, und er stellte dem gegenüber die Möglichkeit, den heute für die Alkoholzerstörung demühten Boden für nützlichere Nahrungsmittel zu verwenden und reichliche Mittel für den Wohnungsbau zu haben. Im Erkenntnis dieser Zusammenhänge haben seitdem der Stadtrat eine Umdeutung erlassen, in der es heißt: Der öffentliche Haushalt ist noch viel zu wenig bekannt, daß die Städte als Träger der öffentlichen Fürsorge durch die verschiedenen Folgen übermäßigen Alkoholbetrunkes zugleich finanziell

Der abgestrafte Volksstaat

Am 24. September 1927 hatte das Dresdner Amtsgericht in einer Privatklage verhandelt, in der der Schriftleiter der Dresdner Volkszeitung, Genosse Max Sachs, der öffentlichen Beleidigung des allsozialistischen Landtagsabgeordneten und Staatszeitungsredakteurs Karl Wehße beschuldigt war. Der Klage lag ein im März in der Dresdner Volkszeitung erschienener Artikel zugrunde, der Wehße zum Vorwurf machte, einen politischen Erpressungsversuch infolge unternommen zu haben, als er seinerzeit die Frage der Ungültigkeitserklärung des Landtagsmandats des kommunistischen Abgeordneten G. W. C. mit der Frage der Bewilligung seines, Wehße, Gehältes als Staatszeitungsredakteur in Verbindung zu bringen suchte. Genosse Sachs wurde in dem erwähnten Termin zu 450 M. Strafe verurteilt, aber nicht wegen Verbreitung einer nicht erweislich wahren Tatsache, sondern lediglich wegen formaler Beleidigung nach § 185 StGB. Das Gericht hatte anerkannt, daß der Wehße als Beweis geführt und der Vorwurf eines politischen Erpressungsversuches zu Recht erhoben worden war. Die Begründung drückte dies mit den klaren Worten aus: „Diese Behauptung entspricht den Tatsachen.“

Das Organ der Allsozialisten, der Volksstaat, brachte nun über die Verhandlung einen Bericht, in dem die Urteilsbegründung zugunsten des Beklagten völlig entstellt war, und Genosse Sachs ließ dem Blatt daher eine Berichtigung gehen. Sie wurde im Volksstaat vom 29. September veröffentlicht, aber in Verbindung mit einem Artikel, der von Verdächtigungen, Beleidigungen und unweisen Behauptungen sprach! Die Ueberschrift lautete: „Der bestrafte Ehrabschneider meldet sich.“ Es folgte der anzügliche Passus: „Herr Max Sachs von der Dresdner Volkszeitung, der sich gegen die Unrichtigkeit des Urteils auflegte.“ Dann wurde behauptet: „Tatsache ist weiter, daß Sachs auch wegen der Verhöhnung, Wehße habe einen politischen Erpressungsversuch begangen, bestraft worden ist.“ Ferner hieß es, Sachs verführe also „Kampfschaft die Leffentlichkeit zu täuschen“, und schließlich leitete sich der Artikelverfasser noch folgende Bemerkung: „Wie wir erfahren, gedankt Genosse Wehße Herrn Sachs in nächster Zeit noch einige Niederlagen zu bereiten, um ihn auf diesem Wege zum journalistischen Aufwand zu nötigen, den der Herr leider nicht aufbringen vermag.“

Selbstverständlich erhob Genosse Sachs gegen den Volksstaat Klage, und am Donnerstag kam es vor dem Dresdner Amtsgericht zur Verhandlung. Als Beklagter erschien der verantwortliche Schriftleiter des Volksstaates, Richard Müller. Man hätte meinen sollen, daß der Vertreter des Blattes, das sich eines so anmaßenden und ehrenrührigen Tones befleißigt hatte, die Angriffe der Zeitung zu verteidigen suchen würde. Davon aber war gar keine Rede! Vielmehr mußte der Eindruck entstehen, daß Müller sich wegen des Artikels einigermassen geniert fühlte. Er gab an, den Artikel weder verfaßt noch vor der Veröffentlichung zu Gesicht bekommen zu haben. Der Aufsatz sei ohne sein Wissen und wahrscheinlich in seiner Abwesenheit in die zweite Auflage gelangt. Er, Müller, mache sich auch den Inhalt des Artikels nicht zu eigen, trotz aller die prägnanteste Verantwortung für die Veröffentlichung.

Ein ursprünglicher Vergleichsvorschlag des Vorsitzenden scheiterte an einer besonderen Bedingung der Privatklagepartei, die in eine abgrenzende Erklärung einen Passus aufzunehmen wußte, nach dem der Beklagte die Redaktion des Volksstaates als durch ihren Gewährsmann getäuscht be-

trüben sollte. Die Worte, mit denen Müller dies ablehnte, liegen dem interessanten Schluß zu, daß er mit einer solchen Erklärung einem prominenten Parteigenossen von ihm gemäßigteren eine Überlege verlegen würde. Der Amtsrichter selbst hatte den bewußten Passus schließlich für annehmbar gehalten; er vertrat nach seiner Kenntnis der Dinge die Meinung, daß eine solche Täuschung doch vorgelegen habe.

Da nicht einmal der Versuch einer Führung des Wahrheitsbeweises gemacht werden sollte, nahm die Verhandlung einen ziemlich raschen Verlauf. Rechtsanwalt Lothar Günther brachte als Vertreter des Genossen Sachs, um der anzüglichen Artikelstelle von dem gefälligen Zulagen des Dokortitels durch Sachs entgegenzutreten, ein Schreiben der Rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen zur Verlesung, moein Professor Dr. Fuchs als Obmann beistimmt, daß Herr Sachs am 16. Juli 1900 in der Staatswissenschaftlichen Fakultät der hiesigen Universität promoviert hat. Genosse Sachs selbst bemerkte später zu diesem Thema, daß bei ihm, obwohl er dazu berechtigt sein würde, von einem „gefälligen Zulagen“ des Dokortitels nicht die Rede sein könne, da der Titel nur selten und nicht einmal im Impresum der Volkszeitung zur Anwendung gelangte.

Nachdem sich noch aus der durch den Vorsitzenden vorgenommenen Verlesung des in jenem Prozeß Wehße — Sachs ergangenen Urteils die ganze Haltlosigkeit gewisser Behauptungen des Artikels ergeben hatte, begründete Rechtsanwalt Günther die Klage. Er verwies auf die einzelnen beleidigenden Artikelstellen, führte auch aus, daß mehrere Behauptungen wider besseres Wissen aufgestellt worden seien, bezeichnete die Beleidigungen als sehr schwerwiegend und beantragte eine hohe Geldstrafe sowie die Verurteilung zur Urteilspublicktion. Es sprach hierauf der Anwalt des Beklagten, der insbesondere dem Hinweis des Artikels auf den Dokortitel eine harmlosere Deutung zu geben suchte, und dann wurde Müller nach kurzer Beratung wegen öffentlicher Beleidigung zu 300 M. Strafe verurteilt. Das Urteil darf auf Antrag in der Dresdner Volkszeitung, im Volksstaat und im Dresdner Anzeiger veröffentlicht werden.

Das Gericht hatte, wie der Begründung zu entnehmen war, als er erwiesen angesehen, daß mit dem Hinweis auf das gefällige Zulagen des Dokortitels zum Ausdruck gebracht werden sollte, Sachs führe den Titel zu Unrecht. Die Behauptungen, Sachs sei auch wegen des gegen Wehße erhobenen Vorwurfs des politischen Erpressungsversuches bestraft worden und habe frampahft versucht, die Öffentlichkeit zu täuschen, wurden als wahr bezeichnet. Das Gericht habe sich hier darüber schuldig zu machen gehabt, ob insoweit eine Verurteilung nach § 187 (verleumdliche Beleidigung wider besseres Wissen) in Frage zu kommen hätte. Dem Angeklagten sei indessen nicht zu widerlegen gewesen, daß der Artikel ohne sein Wissen erschienen. Bei der Strafzumessung habe das Gericht berücksichtigt, daß der Angeklagte den Artikel nicht selbst verfaßt, sondern lediglich die prägnanteste Verantwortung trage. Andererseits seien die Ueberschrift des Artikels und dessen Inhalt staatsgefährdend in Betracht gezogen worden.

Verlauf und Ausgang des Prozesses haben mit hinreichender Deutlichkeit gezeigt, in welcher struppelosen und unverantwortlichen Weise im Volksstaat der Kampf gegen politische Gegner geführt werden kann. Eine gründlichere Vorforschung als die, die jetzt das Blatt erfahren hat, läßt sich schließlich nicht denken.

außerordentlich belästigt werden. Es ist recht und billig, daß diejenigen, die den Alkohol übermäßig konsumieren und infolgedessen die öffentliche Hand mitbelasten, auch zu den Kosten beitragen, die sie den Kommunen verursachen.“ Mit dieser Forderung sozialer Steuern sei der Städtetag auf dem richtigen Wege.

Frau Landtagsabgeordnete Dr. Ullrich-Woll ging aus von den Aufgaben der Gemeinden. Zur Erfüllung dieser Aufgaben ständen bisher an Steuern im wesentlichen zur Verfügung die Grund- und Gewerbesteuer, die vielleicht schon über Gebühr angestrengt seien, die Getränkesteuer und außerdem die Einnahmen aus städtischen Betrieben. Nachdem 1927 die Getränkesteuer durch Beschluß des Reichstages für Wein und Schampus gefallen, für Bier auf 7 Prozent beschränkt ist, müßten die Gemeinden entweder die Grund- und Gewerbesteuer stärker anspannen oder aber die Tarife für Gas, Elektrizität oder sonstiges erhöhen, also unentbehrliche Dinge verteuern zur Schonung des Alkoholkonsums — sicherlich Maßnahmen, die Deutschland in seiner heutigen Situation schlecht ansehen. England hat seinen Verbrauch, der pro Kopf ungefähr ebenso hoch ist wie der deutsche, mit einer schmalen so hohen Steuer belegt. Das Defizit wird in Deutschland mit 710 M. in England mit 46 M. bedeuert. Deutschland hat im Verhältnis zur Vorkriegszeit seine Vierfache verdoppelt, England die seine verzehnfacht. Deutschland hat seine Weinsteuer mit Ausnahme des Sektes ausgenommen, England die seine verneinert. Die Steigerung der deutschen Getränkesteuer beträgt im ganzen 31 Prozent, die der englischen 288 Prozent! Dabei ist der deutsche Alkoholkonsum einer der höchsten, nach denen entsprechend dem Dazwischen die deutsche Leistungsfähigkeit anzuordnen wird! Die Stadt Dresden hat durch Wegfall der Getränkesteuer im Jahre 1927 einen Ausfall von 1/2 Million gehabt. Die praktische Wirkung ist eine Erhöhung der Grundsteuer, der Gewerbesteuer oder der Tarife für Gas, Elektrizität — wie wir sie ja gerade in diesen Tagen erleben. Angesichts dieser Lage sei die Stellungnahme gerade der Wirtschaft gegen die Getränkesteuer nicht verständlich. Die nicht am Alkoholkonsum interessierten Kreise, insbesondere auch die Frauen, sollten sich fragen: Warum sollen wir diese Kosten tragen, warum nicht die Kreise, die den Alkohol konsumieren? und sollen dem bei den Wahlen Rechnung tragen.

Es kam eine Entschließung zur Annahme, in der von allen maßgebenden Stellen gefordert wird, daß sie um der Förderung der Volksgesundheit und Volkswirtschaft willen sich tatkräftig dafür einsetzen, daß die früheren Gemeindegetränkesteuern wieder eingeführt und die Sätze wesentlich erhöht werden.

Rundfunk

In der Darmstädter Zeitung erschien am 26. Februar 1928 folgende Anzeige:

Christa

Die glückliche Geburt eines Knabens unter den Klängen des Solonnenhorns der Morgenandacht durch das Radio am Sonntag, dem 19. Februar 1928, zeich hoch erfreut an

Mutter und Friedrich Hornberger, Darmstadt, Frankfurter Straße 40. Mitwirkung: Helmine Frau Helm.

Nach der Tätigkeit des Verkehrsvereins des Dresdner Verkehrsvereins. Unterstützt wurden die Bemühungen des Stadtrats und der Wirtschaftskreise Großenhain, es möchten die Dresden-Berliner Radio-Station (ab Dresden früh 4.30 Uhr, an Großenhain nach 1.30 Uhr), die jetzt in der kleinen preussischen Stadt Gitterwerda halten, obwohl dort kein Uebergangsverkehr in Frage kommt, häufig in der viermal so großen sächsischen Stadt

Großenhain Aufenthalt nehmen. — Der Antrag eines auswärtigen Verkehrsverbandes, Sonntagsverkehrsfahrten Dresden-Großenhain a. Elbe einzuführen, konnte nicht unterstützt werden, da bei der jetzigen, besonders für die Rückfahrt ganz ungünstigen Zugverbindung (über Radeburg-Putzdorf) solche Sonntagsfahrten kaum benutzt werden würden, und da Großenhain von Dresden aus in der Hauptsache mittels der Gildendampfer besucht werde. — Die angeregte Gültigkeit der Sonntagsverkehrsfahrten Dresden-Königsbrunn zur Fahrt auch nach und von der Station Königsbrunn. Ob läßt sich nach der Mitteilung der Reichsbahndirektion Dresden nicht durchführen, da dann die Karten in der 3. und 4. Klasse um 10 Pf. (ab Dresden-Königsbrunn in der 3. Klasse sogar um 20 Pf.) reduziert würden. — Bei der Staatlichen Kraftwagenverwaltung wurde beantragt, die in Aussicht stehende neue Kraftwagenlinie Birna-Dernsdorf-Schweigermühle über Rosenthal-Dorf Schöneberg bis Thösa in Wöhrden durchzuführen. — Auf eine Anregung, Herstellung einer Kraftwagenverbindung von Birnenmühle nach der Wendung von Reuhäusen hat die genannte Verwaltung mitgeteilt, es sei eine Sommerlinie Birnenmühle-Sattha-Pfaffroda in Aussicht genommen.

Beachtenswertes für abgeforderte Kriegsbefähigte. Der Reichsbund der Kriegsbefähigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverweigerer, Ortsgruppe Wilsdorf, teilt mit: Nach dem Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 ist eine große Zahl der Kriegsbefähigten (Wpuzentlige) abgefunden worden. Nach der Durchführungsbestimmungen des 5. Gesetzes zur Veränderung des Reichsversorgungsgesetzes und anderen Verfügungsgesetzen sind für verschiedene Versorgungsansprüche Fristen gestellt worden, mit der Mahgabe, daß, wenn die diesbezüglichen Anträge bis zum 31. März 1928 gestellt sind, die Leistungen rückwirkend vom 1. Oktober 1927 bewirkt werden können. Wir geben nachstehende Verfügungen an, die nach der 5. Novelle zum Reichsversorgungsgesetz prozentual höher bemerkt werden. (Frühere Festsetzung in Klammern.)

Verlust von drei oder mehr Fingern, ausschließlich:

- Verlust des Daumens an der Gebrauchshand . . . 30 % (20 %)
- Verlust des Daumens an der Gebrauchshand . . . 25 % (20 %)
- Verlust der ganzen Kopfhaut (Schädelwunde) . . . 25 % (20 %)
- Verlust (vollständige Erblindung) eines Auges . . . 25 % (20 %)
- Verlust, Halbseitenblindheit (Hemianopsie) . . . 25 % (20 %)
- Verlust des Gehörs . . . 25 % (20 %)
- Verlust aller Zähne . . . 25 % (20 %)
- Verlust beider Ohrmuscheln . . . 25 % (20 %)

Verfürungsgebühren erhalten alle diejenigen, deren Erwerbseinkommen mindestens 25 Prozent beträgt. Es ist aber nach den aufgeführten Verfügungen nicht gesagt, daß anderweit be- schädigte und abgeforderte Personen nicht wieder Verfürungsgebühren erhalten können. Wir machen deshalb nochmals darauf aufmerksam, daß diesbezügliche Anträge spätestens bis zum 31. März 1928 zu tätigen sind, andernfalls eine rückwirkende Zahlung vom 1. Oktober 1927 an nicht mehr bewirkt werden kann.

Erziehungs- und Berufsausbildungsbeihilfen für Kriegerverwundeten können nach einem Erlass des Reichsarbeitsministers in Zukunft durch die Versorgungsämter im Weg des Härteausgleichs gewährt werden. Personen, die Beihilfen nach der Vorschrift des § 41 des Reichsversorgungsgesetzes beziehen oder beziehen würden, wenn sie die Altersgrenze noch nicht überschritten hätten, können danach auf Antrag im Falle des Bedürfnisses bis zum vollendeten 24. Lebensjahre eine laufende Erziehungsbeihilfe unter Anrechnung der Hinterbliebenenbezüge aus andern Quellen, z. B. der Beamtenhinterbliebenenversicherung (einschließlich der Kinderzuschläge oder Kinderbeihilfen, der Angehörigen oder Invalidenversicherung, erhalten. Die Erziehungsbeihilfe beträgt zehn Mark monatlich. Die Zahl, wenn das Kind das 15. Lebensjahr vollendet hat, bis auf 20 M. und in ganz besonders gelagerten Einzelfällen mit Genehmigung des Hauptversorgungsamtes bis auf 30 M. monatlich

Uhr
über:
nen
tz
abend
ntag
ntag
Tage
itäten
eisen
Herren in
a. anderen
7.30
in ver-
en. gute
9.75
ans guten
andere
21-
Knicker-
bedenke-
9.75
orm. beste
9.75
3.10, 8.50
verschie-
6.50
14.50
K. Schmidt,
MARKT
uch
umpf
ge!
en Ober-
ndungs-
und Wö-
ehen er-
um das
tungen
schienen
allfaden
aufstehen
ältige
t man
beleidigt
papanda
hundert.
Teil der
konnt.
Grem.
en sind.
2.00
2.00
ordnete
h seine
werben
in der
zumal
glücklich.
lat 10.

Borgesecht um die Beamtenbefoldung

Die sozialdemokratische Fraktion fordert eine Abschlagszahlung für die städtischen Gehaltsempfänger

Die eigentliche Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstagabend war in wenigen Minuten erledigt, da zu keinem der Punkte Bericht gefordert wurde. Nur nach einer Beratung einer Anzahl Anträge um so längere Zeit in Anspruch, besonders ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der für die Beamten eine sofortige Abschlagszahlung in Höhe von 80 Prozent der ihnen voraussichtlich zustehenden Gehaltssätze nach der neuen Befoldungsordnung fordert. Der Antrag machte sich deshalb nötig, weil die Verhandlungen im Befoldungsausschuss nicht so lebhaft vorwärtstreiben, wie das notwendig ist. Die Schuld daran liegt offensichtlich beim Rat, der nur sehr mangelhafte und unübersehbare Unterlagen für die Beratung an den Ausschuss gibt, so daß es bereits zweimal energischer Vorwürfe der sozialdemokratischen Vertreter bedurfte, um vom Räte genügend überflüssiges Material zu erlangen. Es geht natürlich unter gar keinen Umständen, daß die Stadtverordneten lediglich als Zustimmungsmaschine betrachtet werden. Es kann für uns Sozialdemokraten auch nicht der Standpunkt des Rates nach unbedingter Anknüpfung an die Befoldungs-Richtlinien maßgebend sein, vielmehr ist es unsere Aufgabe, die unteren Gruppen zu heben und die oberen Beamten in ihren Bezügen zu senken. Das ist notwendig, weil nach den Richtlinien die unteren Beamten tatsächlich nur wenige Mark Zulage erhalten, während den Beamten in den oberen Gehaltsklassen Beträge von 4000 und mehr Mark allein im Grundgehalt zufallen sollen. Die Ungerechtigkeit, die hierin zum Ausdruck kommt, ist so schlimm, daß die Stadtverordneten, die es ernst mit der kommunalpolitischen Arbeit meinen, hier unbedingt eine Korrektur vornehmen müssen. Genosse Hählig als Antragsteller und die Genossen Bösch und Ullmann rechnen mit dem Rat gestern Abend gründlich ab. Vor allem entwickelte Genosse Bösch ein Material, das zu allgemeiner Aufmerksamkeit im Rat führte. Er betonte mit Recht, daß sich die unteren und mittleren Beamten vor allem nicht von der Stimmung leiten lassen sollten, möglichst schnell zur Festlegung der neuen Gehälter zu kommen, ganz gleich, wie diese ausfallen. Es ist bekannt, daß bestimmte Kreise diese Meinung bewußt fördern. Es muß den Beamten und mittleren Gruppen aber darauf aufmerksam gemacht werden, daß eine Befoldungsreform in Kraft tritt, diese auch wirklich reformierend zu gestalten. Es ist gewiß ein zäher Kampf, der sich im Befoldungsausschuss und auch noch im Rat und Stadtverordnetenkollegium gegenwärtig abspielt. Der Kampf wird sicherlich auch noch mit den Verhandlungsstellen geführt werden. Er ist aber notwendig, weil nicht die niedere Beamtenschaft in noch schlimmerer Lage als bisher zum Ausbeutungsobjekt werden. Der sozialdemokratische Antrag am gestrigen Abend bezweckte daher eine Zwischenregelung, um den Beamten einen gewissen Abschlag auf die ihnen zukünftigen Bezüge zu gewähren. Der Beamtenvertreter der Deutschen Volkspartei, Herr Vöttinger, wollte selbstverständlich einen Abänderungsantrag, der allerdings auf den ersten Blick befriedigend wirkt, dem sich praktisch aber starke Hindernisse in den Weg stellen und die Ausführung der Vorläufe unter Umständen sogar verhindern. Herr Vöttinger hat damit den Beamten einen schlechten Dienst erwiesen, zumal sein Antrag mit einer Stimme Mehrheit — auch die Sozialisten stimmten natürlich dafür — angenommen wurde. Die künftigen Wochen werden zeigen, daß wir mit unserer Ansicht recht behalten werden.

Stadtverordnetenversammlung vom 8. März 1928

In die Kommission zur Auswahl der Ersatzbilder für die Wandtafeln des Neuen Rathauses (an Stelle der Kirchenbilder) wurden die Genossen Selbner, Freund und Vorkühler Döhlisch gewählt.

Der Rat hat gegen den Stadtverordnetenbeschluss auf Ausgängerbegrenzung der Steigerung der Verwaltungskostenbeiträge im Familienbuch die Beschlüsse zurückgefordert. Das Kollegium beschloß demgegenüber, seinen Beschlüssen vom 9. Februar 1928 aufrechtzuerhalten. — Die Ratssitzung über Errichtung eines Doppelwohngebäudes auf den Grundstücken Altpfaffen 5 bis 16 (Familienbuch) wurde einstimmig angenommen.

Ein Antrag des Hausbesitzervertreeters Hillich auf Festsetzung der Zahl der 1928 und 1927 mit Unterstufung aus dem Bereich der Kleinststeuer erhaltenen Häuser und Wohnungen und der darin eingehaltenen Verhältnisse und anderen gewerblichen Anlagen wurde nach erfolgter Ausschussberatung zum Beschluß erhoben.

Ein Antrag Leydel, das Jugendamt anzuweisen, bei Erkrankung von Kindern, für welche das Jugendamt die Vormundschaft ausübt, alsopassivische Behandlung nach zu verlangen, wenn der Kindesvater oder die Kindesmutter eine Behandlung des Kindes nach den Methoden der Homöopathie, Suggestion oder Naturreheilekunde wünschen, ging an den Prüfungsausschuss.

Die Dienstzeit der städtischen Beamten und Angestellten

Ein Antrag Spottke und Genossen (Soz.) lautete: „Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, bei Einführung der neuen Dienstzeit für das Sommerhalbjahr entsprechend den Wünschen der Beamten und Angestellten die Dienstzeit der städtischen Beamten und Angestellten von 7 bis 15 Uhr festzusetzen.“

Der Antragsteller machte darauf aufmerksam, daß die Angestellten normalerweise das Kollegium beschäfte, weil der Rat in ständiger Weise die Dienstzeit festsetzt, ohne die Wünsche der Beamten und Angestellten zu berücksichtigen. Nach § 28 der Gemeindeordnung habe aber die Festsetzung der Dienstzeit im Einvernehmen mit den geordneten Verhältnissen der Arbeitnehmenden zu erfolgen. Auch nach dem Betriebsrätegesetz habe die Angestelltenvertretung einen Anspruch darauf, in diesen Dingen gehört zu werden.

Der Deutschnationale Wägner brachte einen Zusatzantrag ein: die Ratskassen jedoch wie im Winter aufrechtzuerhalten. Ein Ratsvertreter bestritt, daß der Rat diktorisch vorgehe. Die Dienstzeit der Beamten hänge mit der der Angestellten eng zusammen. Die jetzige Sommerdienstzeit von 7.30 Uhr bis 3.30 Uhr sei seinerzeit verhältnismäßig eingeführt worden. Ob sie auch für dieses Jahr wieder gelten soll, würde von den Verhandlungen mit der Beamtenvertretung abhängen.

Genosse Spottke: So wie es der Ratvertreter behauptet, liegen die Dinge denn doch nicht. Es mag sein, daß der Rat mit der Beamtenorganisation in Verbindung getreten ist, das bedeutet aber noch nicht, daß auch ein Einverständnis herbeigeführt worden ist. Dessen, als Stadt der Hygienemuseums, sollte auch praktisch Hygiene treiben, indem sie die Freizeit verlängert.

Darauf wurde der Antrag Spottke mit dem Zusatzantrag Wägner einstimmig angenommen.

Der Rat fabriziert die Arbeiten des Befoldungsausschusses

Dann kam nachstehender Antrag Hählig und Genossen (Soz.) zur Verhandlung:

„Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, mit Rücksicht darauf, daß infolge einer gründlichen, im Interesse der Beamten liegenden Behandlung der Befoldungsreform durch den Befoldungsausschuss die Beamtenbefoldung noch nicht geregelt werden kann, den Beamten sofort eine Abschlagszahlung in Höhe von 80 Prozent auf die ihnen voraussichtlich zustehenden Gehaltssätze nach der neuen Befoldungsordnung zu gewähren.“

Genosse Hählig: Seit drei Wochen arbeitet der Befoldungsausschuss mit aller Kraft, um an Hand der staatlichen Richtlinien eine für die städtischen Beamten erträgliche Befoldung zu schaffen. Da die Verhandlungen geheim sind, darf ich aus den Sitzungen nichts berichten. Ich darf deshalb nicht sagen, wie der Ausschuss bei den Verhandlungen der unteren Gruppen oft Stunden lang kämpfte, um nur die geringste Besserung der elenden Bezüge dieser Gruppen zu erreichen, daß die Ratsmitglieder selbst die jeder einzelnen Stelle der unteren Gruppen ablehnten, eine Besserung der Bezüge einzutreten zu lassen unter Berufung auf die staatlichen Richtlinien.

Ich will auch nicht erwähnen, daß bei Behandlung der oberen Beamten der Ratsvertreter ruhig erklärte, daß zwar hier die Ratvorlage über die Richtlinien hinausginge, aber trotzdem scharf für diese Befoldung eintrat, daß man weiter zumute, in den unteren Gruppen Gehaltserhöhungen von 6 bis 10 Prozent vorzunehmen, während man den höheren Beamten 80 Prozent Erhöhung über an und für sich hohen Gehälter gewährte, daß man dem Pflegepersonal jährlich 98 bis 104 Mark, den Straßenbahnern 214 bis 486 Mark, den Direktoren aber einschließlich des Wohnungsgeldzuschusses 6654 Mark mehr geben will.

Auf alle diese Dinge werden wir bei der öffentlichen Verhandlung der sogenannten sozialen Befoldungsreform eingehen, aber auf die Tatsache muß ich heute hinweisen werden, daß der Rat die notwendigen Beratungen unterliegen nur für die Zeit, die er herbeibringt, daß wir nicht in der Lage sind, diese zu bearbeiten, oder er es überhaupt ablehnt, und die notwendigen Unterlagen zu unterbreiten.

Von bestimmten Stellen aus ist man auch bestrebt, die Beamtenschaft gegen den Befoldungsausschuss, insbesondere gegen die Vertreter der SPD, zu heben. Man erzählt den Beamten, der Befoldungsausschuss ist schuld daran, daß die Lohnzulagen noch nicht erfolgen können, man will also den Ausschuss durch die Beamten dazu treiben, zu allem, was der Rat beschließt, ja und Amen zu sagen. Mein Antrag will diesem Treiben ein Ende bereiten. Er will den Beamten zu den ihnen zukünftigen Abschlagszahlungen verhelfen und gleichzeitig erreichen, daß der Befoldungsausschuss in aller Ruhe und Gründlichkeit seine Aufgaben erledigen kann.

Der vollparteiliche „Beamtenvertreter“ Vöttinger teilte mit, daß der Befoldungsausschuss morgen seine Arbeiten endlich beenden werde, und wartete dann — schüchtern blickend — mit einem „weitergehenden“ Antrag auf. Danach soll der letzte Passus im Antrag Hählig, „den Beamten sofort usw.“, gestrichen und dafür gesetzt werden: „sofort nach der Beschlußfassung an den Befoldungsausschuss und der Verabschiedung der Vorlage im Kollegium, die nötigenfalls in außerordentlicher Sitzung zu erfolgen hätte, die neu festzusetzenden Bezüge vom 1. Oktober 1927 an vor Verabschiedung der Vorlage im Kollegium anzuzahlen.“ (Genosse Bösch: Das ist doch kein weitergehender Antrag!)

Stadtver. Dr. Fischer behauptete, die Ausführungen des Antragstellers wären eine „ungeheuerliche Entstellung“ des Sachverhalts. Der Rat werde niemals geschwindige Beschlüsse fassen. (Zuruf von der Soz.: Das sind doch keine geschwindigen Beschlüsse!) Richtlinien seien so gut wie Gesetz. Der Antrag Hählig sei praktisch nicht durchführbar. Die Behauptung, daß der Rat die Arbeiten des Befoldungsausschusses sabotiere, sei eine vollständige Verdrückung von Tatsachen. Die Sache habe sich dadurch verzögert, daß die Verhandlungen mit den Beamtenvertretern noch nicht abgeschlossen waren. Der Antrag Vöttinger scheine ihm der einzige Weg zu sein, überhaupt weiterzukommen. Der Kommunist Schrapel trat für den Antrag Hählig ein mit der Forderung, daß die Beschlüsse des Befoldungsausschusses maßgebend sein müssen, und daß nur die Beamten bis zu der alten Gruppe 9 in Frage kommen.

Aus aller Welt

Der Engländerhäuptling

D. Auf der Wenzelsgrube in Wäite bei Reutob, die am Mittwoch wieder zur Engländergrube für 3 Personen wurde, hat sich erst vor etwa zwei Jahren in der gleichen Abteilung ein ähnliches Unglück ereignet, bei dem 4 Bergleute ums Leben kamen. Auch damals sah man bei der jähigen Katastrophe, ein Kohlenfaureubrennen die Explosion verursacht haben. Der Staatsanwalt stellte nach dem ersten Unglück gegen die Direktion der Grube einen Antrag wegen fahrlässiger Tötung. Letzthin war für den 17. März d. J. von dem Glasper Schöffengericht angeordnet, inswischen ereignete sich das zweite, noch schwerere Unglück auf der Wenzelsgrube.

Die Katastrophe hat sich wie folgt zugetragen: Die Bergarbeiter Raffe und Feinze waren am Mittwoch im amtlichen Auftrag in das Reutob-Grubenrevier gereist, um die Verhältnisse in der Wenzelsgrube zu untersuchen. Sie wurden von 4 Bergwerksverwandigen begleitet. Einige Zeit nach der Einfahrt wurde plötzlich in der zweiten Abteilung des Wäite-Hanges von einem Aufsichtsbearbeiter ein starker Luftzug bemerkt, der einige Lampen in der Grube auslöschte. Die Stelle, wo der Luftzug aller Wahrscheinlichkeit nach seinen Ausgang nahm, befindet sich 400 Meter unter der Erdoberfläche. Der Luftzug wurde von dem Beamten sofort als

ein Anzeichen für einen bevorstehenden Kohlenfaureubrennen

gesehen. Das Grubenpersonal ist mit derartigen Erscheinungen vertraut, da in der Wenzelsgrube schon wiederholt Gasausbrüche erfolgt sind. Trotz den aus den bisherigen Kohlenfaureubrennen gezogenen Lehren und den getroffenen Vorkehrungsmaßnahmen wurde bisher jedoch ein vollkommenes Schutz gegen derartige Vorkommnisse noch nicht gefunden. Der Aufsichtsbearbeiter alarmierte sofort die Rettungsstation nach dem geführten Abschnitt, in dem sich außer den beiden Affessoren und ihren beiden Führern noch eine Anzahl Bergleute befanden. Ein Krupp Bergarbeiter hatte versucht, den giftigen Gasen zu entweichen. Dem meißten gelang das auch; zwei ihrer Kollegen besaßen jedoch unterwegs tot zusammen. Die übrigen vermochten so lange durchzuhalten, bis sie von den Rettungsmannschaften geholt wurden.

Die Rettungsstation traf wenige Minuten nach dem Alarm in der Grube ein. Zunächst wurden die beiden Affessoren mit ihren vier Begleitern als Leichen gefunden; in den benachbarten Gängen fand man später noch zwei weitere Tote.

Der „Kleine Bergmann“

S. Der am Dienstag im Zusammenhang mit dem Diebstahl räuflicher Wohnzimmereinfache in Rähnchen beschaffte Berliner Kaufmann Robert Bloch hat auch Geschäfte betrieben, die an die Lombardbank in den Calli Bergmann erinnern. Gegen Bloch sind bereits 120 Zahlungsbefehle erlassen worden. Seine Wohnung wurde im Laufe des Mittwochs vormittags von seinen Wächtern fast gestürmt.

Nach Betrieb selber einen Automobilschub, wurde Bloch aber bald einem für ihn einträglicheren Beschäftigungsfeld zu. Witem

Genosse Bösch: Das Gegenteil von dem, was der Reichsfinanzminister Dr. Brücker in Magdeburg ausgeführt hat, nämlich die Kotlage der unteren und der mittleren Beamtenschaft abzuheben durch eine wirklich ansehnliche Gehaltserhöhung, ist eingetreten. Wenn gesagt worden ist, den Beamten werde etwas vorphanthalisiert, so ist das jedenfalls von ganz anderer Seite geschehen als von den Beamten- und Angestelltenvertretern. Was vom Räte geschieht, ist bewußt eine Herabsetzung der Beamtenschaft. Ganz einzeln, ob schon mit der Regierung vereinbart worden ist oder nicht, daß die Richtlinien bindend sein sollten, uns kann das nicht stören. Die Richtlinien sind kein Gesetz und auch keine Verordnung. Wir müssen auch, daß in der Beamtenschaft in demselben Maße gegen den Befoldungsausschuss unterminiert wird. Wir können auch die Stellen. Bedauerlich ist nur, daß sich nach Beamte dazu hergeben. Die Ausführungen des Herrn Vöttinger zeigen ja auch die Richtung an. Dort sind auch die Quellen, die den Aufsteigen zu erweisen versuchen, als ob die sozialdemokratischen Vertreter an der Verzerrung der Sache schuld seien. Wenn die Vertreter des städtischen Gemeindefinanzamtes den Rat um die Meinung zu fragen, daß sie im Interesse des Rates Abwägungsversuche mitmachen können, so mögen sie es versuchen, wir werden jedenfalls mit aller Entschiedenheit die Interessen der Hinterbänkler vertreten. Der Antrag Vöttinger ist kein weitergehender Antrag, sondern ein Hindernis dessen, was wir wollen. Lieber die Gruppe braucht nicht hinausgegangen zu werden. Die anderen Herren können ja einmal zu Stadtrat Dr. Richter gehen und sich von ihm unterweisen lassen, wie es um die Lebenslust der alten Inwalidenern bestellt ist. Bösch stellte gegenüber der Darstellung des Ratsvertreeters fest, daß dem Befoldungsausschuss die Vorschläge für die Wahlbeamten und die höheren Beamten nicht ausgehandelt worden sind. Dr. Fischer hat deshalb gar kein Recht, den Entschlossenen zu spielen, enttäuscht dürfen die sein, die wissen, wozu die Beschlüsse kommen soll. Mit der schönen Theorie, daß die Richtlinien bindend sind, kommen Sie nicht durch! Die innige Verbindung zwischen dem Dresdner Räte und dem Ministerium des Inneren hat sich unheilvoll für die unteren Beamten ausgedehnt. Deshalb ist es von den Beamten unflug, wenn sie sich als Trostknäppchen für bestimmte Ratsstellen benutzen lassen wollen. Im Laufe seiner weiteren Ausführungen präparierte Bösch die unteren Gehaltserhöhungen der Bürgermeister und der Stadträte an.

Der Oberbürgermeister bekommt eine Zulage von über 6000 Mark

Wahrscheinlich sind die Zulagen bei den anderen Herren. Da ist es allerdings auch verständlich, wenn man die Befoldungsordnung so schnell wie nur möglich unter Dach und Fach bringen will. Die besetzten Ratsmitglieder können uns mit der Deutung in die Industrie überzusetzen, nicht mehr schreden. Wir würden es im Gegenteil nur begrüßen, wenn ein großer Teil dieser Herren sehr bald verschwände. Sie bedeuten keinen Segen für die Elternschaft, das beweist schon ihre ungeheure Begehrlichkeit in der Befoldungsvorlage. Ihre Forderungen übersteigen das erträgliche Maß.

Genosse Ullmann betonte, daß der Rat nicht bloß die Vorlage verzögert, sondern auch verschleiert an den Befoldungsausschuss hinübergelassen hat. Das Beschlußrecht des Ausschusses darf durch die Richtlinien des Ministeriums nicht ausgeübt werden. Der Antrag Vöttinger bedeutet nichts weiter als eine weitere Verschleppung der Sache.

Nach weiterer Aufsprache und einem Schlußwort des Antragstellers wurde in momentlicher Abstimmung der Antrag Vöttinger mit 88 gegen 85 Stimmen angenommen. Die „Mittepartei“ waren mit der Mehrheit gegangen, während Lechel mit der Linken stimmte. — Die Abstimmung über den Antrag Hählig hatte sich damit erledigt.

Ein Antrag Wagner (SPD.) forderte Schaffung eines wirklichen Jugendhauses (Sachverständigenrat für Jugendhilfe) unter 18 Jahre, Erziehungsjahre von vier Wochen unter Fortsetzung des Lohnes usw.) wurde dem Prüfungsausschuss überwiesen.

Wahrscheinlich lag noch eine Anfrage Dr. Helm (SPD.) vor, die sich über die Art der Durchführung der Umherbringung zweier Kinder in Fürsorgeerziehung wandte. Stadtrat Dr. Richter gab zu, daß die Vollstreckungsbehandlung in Anwesenheit der Eltern und ohne deren vorherige Benachrichtigung erfolgt ist. Das sei aber nötig gewesen, um überhaupt die Vollstreckungsbehandlung nicht zu gefährden. Ein unangenehmere, überlebenslanges Vorgehen der betreffenden Beamten habe nicht vorgelegen. Mit der Prüfung dieser und anderer Angaben des Rates wurde der zuständige Ausschuss beauftragt. — Schluß der Sitzung 11 1/2 Uhr.

Kaufmann aus Köln spiegelte er große Lombardgeschäfte dem Jahresergebnissen vor und bemog ihn, gegen 10 Proz. Jahreszinsen 50 000 Mark herzugeben. Mit einem Teil dieses Geldes richtete sich Bloch eine luxuriöse 7-Zimmer-Wohnung in der Waghausstraße in Berlin ein. Diese Wohnung mit ihrer Einrichtung bildete den „Grundstock“ seiner Geschäfte. Alle Geldgeber, die ihm von der Kölner Kaufmann ins Garn gingen, lud er in diese Wohnung ein. Hier gewannen sie durch den Brant und die Proklamation Blochs den Eindruck, daß sie mit einem soliden Kaufmann zu tun hätten. Niemand von ihnen dachte daran, sich den angeblichen Lombardspeicher anzusehen. Dieser Speicher war tatsächlich gar nicht vorhanden. Bloch hat nun ungefähr 40 bis 50 Beuten auf diese Weise Beträge von 4000 bis 5000 Mark erhalten. Seine Schuldenlast schätz er selbst auf über 100 000 Mark. Als der Schwandler merkte, daß die Gläubiger ihn mit Betragsangelegenheiten verfolgte, versuchte er, seine Wohnungseinrichtung nach zu retten. Er verpackte sie in Zeiten bei mehreren Handlern. So kamen die Pfandscheine zustande, die Frau Bloch bei Gefängnis der Kriminalpolizei zu verbergen suchte.

Bloch betrieb auch Buttergeschäft. Ein Kaufmann aus der Provinz, der 10 000 M. anlegen wollte, schenkte Bloch die richtige Farm zu sein. Beide fuhren nach Hamburg zu einer Butterverkostung. Bloch rebete dem Provinzler ein, daß bei dem Buttergeschäft gut zu verdienen sei. Man kaufte in Hamburg zehn Maß sibirische Butter, die von Bloch in holsteinische Butter umgetauscht wurde. Auf diese Weise wurde u. a. ein Kaufmann O. beliefert, der deutsche Butter kaufen wollte. Bloch verpackte seinen Geschäftspartner mit der Versicherung, die vorgenommene Umbezeichnung der Butter sei durchaus handelsüblich. Dieses Mandat wurde ein zweites Mal mit 33 Maß Butter, die man ebenfalls aus Hamburg holte, wiederholt. Der Käufer O. erklärte jedoch in dem Augenblick, als die Sendung auf dem Güterbahnhof in Berlin abgeliefert werden sollte, daß er den Schwindler entdeckt habe. Er verweigerte die Bezahlung und drohte mit Anzeige wegen Betruges und Urkundenfälschung. Der Mann aus der Provinz war aus allen Sinnen gefallen, fuhr betäubt nach Hause und war Weiß und Ware los. Bloch und O. riefen sich jedoch gegenseitig die Hände, denn O. hand mit Bloch unter einer Decke; die Umwidmung des letzten Geschäftes mit den 33 Maß Butter war von beiden von vornherein verabredet worden.

Genosse Hählig: Das ist ein sehr interessantes Beispiel für die Art der Durchführung der Umherbringung zweier Kinder in Fürsorgeerziehung. Stadtrat Dr. Richter gab zu, daß die Vollstreckungsbehandlung in Anwesenheit der Eltern und ohne deren vorherige Benachrichtigung erfolgt ist. Das sei aber nötig gewesen, um überhaupt die Vollstreckungsbehandlung nicht zu gefährden. Ein unangenehmere, überlebenslanges Vorgehen der betreffenden Beamten habe nicht vorgelegen. Mit der Prüfung dieser und anderer Angaben des Rates wurde der zuständige Ausschuss beauftragt. — Schluß der Sitzung 11 1/2 Uhr.

Genosse Hählig: Das ist ein sehr interessantes Beispiel für die Art der Durchführung der Umherbringung zweier Kinder in Fürsorgeerziehung. Stadtrat Dr. Richter gab zu, daß die Vollstreckungsbehandlung in Anwesenheit der Eltern und ohne deren vorherige Benachrichtigung erfolgt ist. Das sei aber nötig gewesen, um überhaupt die Vollstreckungsbehandlung nicht zu gefährden. Ein unangenehmere, überlebenslanges Vorgehen der betreffenden Beamten habe nicht vorgelegen. Mit der Prüfung dieser und anderer Angaben des Rates wurde der zuständige Ausschuss beauftragt. — Schluß der Sitzung 11 1/2 Uhr.

Ein Etat gegen die Arbeiter

Die Ansprache über den sächsischen Haushaltplan eröffnete gestern im Landtage Genosse Arzt, der eine scharfe Kritik an diesem Etat übte und ihn als einen Etat gegen die Arbeiterschaft bezeichnete. In der Tat, die Helld-Regierung part, und sie hat an vielen Stellen Abstriche gemacht, wo es sich um die Erfüllung sozialer Aufgaben handelte. So sehr die Sozialdemokratie die Notwendigkeit des Sparsens einseht, so wird sie selbstverständlich diese Abstriche nicht ruhig hinnehmen, sondern fordern, daß gegeben wird, was notwendig ist. Sie hat um so weniger Veranlassung, in allen Fällen getreulich die Sparmaßregeln der Regierung ruhig hinzunehmen, als bekanntlich der Sparminister die Regierung in manchen Fällen bedenklich ermahnt, so wenn es sich um Ministergehälter handelt oder wenn z. B. in Frage steht, ob ein höchst überflüssiger Panzerkreuzer gebaut werden soll oder nicht.

Geenichtstag

Strenge Sparmaßregeln sind bekanntlich die Deutschenationalen, deren Vertreter stets laut das Lied von der Heberlastung der Wirtschaft durch Steuern zu singen pflegen. Das hinderte aber Herrn Dr. Eberle gestern nicht, im Landtag zu fordern, daß in den Ländern ein schönes neues Amt geschaffen werde, das eines Staatspräsidenten.

Da redet man allenthalben von der Notwendigkeit der Verwaltungsvereinfachung, und die Herren um Herrn Eberle sind mit die lautesten Krüher im Streit. Die Staatspräsidenten, Fabrikat Eberle, würden zwar nicht recht wissen, was sie anfangen sollten. Das Bergnügen würde auch nicht ganz billig sein, denn der Herr Staatspräsident müßte, damit er wenigstens einen Daseinszweck hat, doch repräsentieren. Aber die Eberle und Kompanie können den Schmerz darüber nicht verhindern, daß sie keinen Geenicht mehr haben, und so wollen sie wenigstens einen Staatspräsidenten als Monarchenerbs, dem sie dann ihre Püdlinge machen können.

Das Staatsvermögen

Der Abgeordnete Müller gab in seiner Rede dem Bedauern darüber Ausdruck, daß die eigenen Betriebe des Staates so sehr schlecht abhimmeln, und der Abgeordnete Härtel von der Aufwertungspartei warf die Frage auf, warum das gesamte Staatsvermögen von 765 Millionen Mark keine Zinsen bringe. Wir wissen, daß es manchen Leuten am liebsten wäre, wenn der Staat so gut wie gar kein Vermögen hätte und noch mehr als jetzt vom Privatkapital abhängig wäre. Die Tatsache, daß das Staatsvermögen wenig oder gar keine Zinsen bringt, beweist an sich gar nichts, denn die Vermögensobjekte des Staates sind zum großen Teil von vornherein nicht dazu bestimmt,

irgendeinen Ertrag zu bringen, wie z. B. die Bildungsanstalten und die Krankenhäuser, sie haben ihren Zweck erfüllt, wenn sie der Bevölkerung nützliche Dienste leisten. Wenn aber Blüher die geringen Erträge der staatlichen Betriebe beklagt, so ist darauf hinzuweisen, daß, abgesehen von den Staatsgütern, besonders die staatlichen Betriebe schlecht abhimmeln haben, die schon in der Vorkriegszeit bestanden, während die Staatsbank und die sächsischen Werke, Unternehmungen, die in der Nachkriegszeit entstanden, oder wenigstens erst in dieser Zeit, ihre jetzige Bedeutung erlangten, sich mit ihren Erträgen sehr wohl leben lassen können.

Die Freikartempfänger

Der Demokrat Seibert, der gestern selbstverständlich die Helld-Regierung verteidigte, konnte nicht verbergen, daß er sich doch nicht so recht beglücklich fühlt und daß ihm so manches nicht gefällt. So beklagte er sich u. a. darüber, daß die Abgeordneten von der Regierung nicht genügend respektiert werden, daß sie nur als Freikartempfänger, so drückte er sich aus, eingeschätzt würden. In der Tat, die Regierung hat diesem Landtag schon mancherlei angetan. Sie hat ihn ruhig alles mögliche beschließen lassen und sich um viele seiner Beschlüsse nicht gekümmert. Aber Herr Seibert hat kein Recht, sich über diese Dinge zu beklagen. Wenn sich die an der Koalition beteiligten Parteien — und zu denen gehören auch die Demokraten — sich eine derartige Behandlung gefallen lassen, so hat die Regierung recht, wenn sie ihre Abgeordneten eben nur, um mit Herrn Seibert zu reden, als Freikartempfänger einschätzt.

Der „artige“ Heidt

Eine Beleidigung der preussischen Regierung

In einer Erklärung, die der Ministerpräsident Heidt über die Stellungnahme Sachsen zum Bau eines Panzerkreuzers abgab, leistete sich der Mann eine läbliche Beleidigung der preussischen Regierung, von der er behauptete, sie habe im Reichsrat gegen den Bau eines Panzerkreuzers nur gestimmt, weil sie der Reichsregierung Schwierigkeiten bereiten wollte. Die sächsische Regierung sei viel zu gutartig, als daß sie sich von der Unbill leiten lassen konnte, irgendeiner anderen Regierung und besonders der Reichsregierung Schwierigkeiten zu bereiten. Wir können der sächsischen Regierung bedauern, daß sie immer lässlich artig ist, wenn es gilt, der Reaktion gute Dienste zu leisten. Sie entsetzt dann einen Eifer, den man freilich sehr oft vermissen muß, wenn es sich um das Wohl der Volkswaffen handelt. Selbst betraf sich übrigens zur Beurteilung des Verhaltens der sächsischen Regierung darauf, daß ja die Marinefachverständigen sich für den Bau des Panzerkreuzers ausgesprochen hätten. Und als ein Zwischenruf den Namen Tirpitz in den Saal hineinrief, half sich Herr Heidt mit der Ausrede, daß doch nicht alle Tirpitz seien. Das Wort des Herrn Heidt aber ist es, daß dieselben Marinefachverständigen, die gegenüber Tirpitz recht behalten haben, wie z. B. der Admiral Galtzer, auch jetzt der Meinung sind, daß der Bau eines Panzerkreuzers eine recht überflüssige Sache ist, die man sich wenigstens vorläufig recht gut verheizen könnte.

Die Furcht vor dem Staatsgerichtshof

Ein Verschleppungsmanöver der Helld-Regierung

Es wird geschrieben: Der sächsische Regierung ist vom Staatsgerichtshof am 13. Februar 1928 die Klage der Unabhängigen Sozialdemokratie auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit wichtiger Bestimmungen des sächsischen Wahlgesetzes zugestellt worden. Als Termin zur Klärbearbeitung der sächsischen Regierung hatte der Staatsgerichtshof den 4. März 1928 festgesetzt. Darauf hat die sächsische Regierung den Staatsgerichtshof ersucht, den Termin zur Klärbearbeitung auf den 10. April zu verschieben. Diefem Ersuchen hat der Staatsgerichtshof stattgegeben. Mit der Verlängerung des Termins ist selbstverständlich auch eine Verschiebung der Rechtsfindung des Staatsgerichtshofs verbunden. Wahrscheinlich wird nunmehr das Urteil des Staatsgerichtshofs über die Klage der Unabhängigen nicht vor Ende April gefällt.

Mit dem Entgegenkommen des Staatsgerichtshofs hat das Helld-Kabinett zunächst erreicht, daß die Parteienleiter in der Regierung und im Landtage wieder ein paar Wochen Galtzentriffl gewonnen haben. Eine sachliche Notwendigkeit für die Fristverlängerung vom 4. März auf den 10. April liegt überhaupt nicht vor, denn die sächsische Regierung hat die Zustimmung bereits am 10. Januar zugestimmt, so daß sie nachherig Zeit genug gehabt hat, die Antwort vorzubereiten. Für Heidt, Eisner u. Co. ist die Fristverlängerung immerhin von Bedeutung, denn für sie ist jeder Tag Verlängerung der Lebensdauer der Koalition ein erheblicher positiver Gewinn, und politisch haben ja diese Herren längst nichts mehr zu verlieren. Die „Alltagspolitik“ fürchten, daß sie bei einer Landtagswahl vollständig zerstückelt werden, daher suchen sie den Termin ihres politischen Todes möglichst hinauszuschieben.

Die andere Koalitionsparteien sind ebenso materiell an der Aufschubhaltung des Bürgerrechts interessiert, auch sie haben die Verzögerung der Wahl zur Furcht, wenn sie auch nicht eine so vollständige Wahlverzögerung zu erwarten haben wie die Alltagspolitik.

Wenn das Urteil des Staatsgerichtshofs erst Ende April oder vielleicht noch später gefällt wird, kann es den Koalitionsparteien sogar genügen, die Zusammenlegung der Landtagswahl mit den Reichstagswahlen zu verhindern! Das bedeutet ein Stundenauschieben der Landtagswahl. Ob die Koalitionsparteien daran gut tun, ist eine andere Frage, denn bei einem Aufschub zu gemeinsamer Reichstags- und Landtagswahl würde naturgemäß manches aus dem Gänsekorper der sächsischen Bürgerrechtskoalition in Vergessenheit geraten. Wenn aber die kleinen persönlichen Interessen der Parteienleiter in der Koalition den Sachverstand überwiegen, dann wäre das auch nur noch eine weitere Verzögerung der Galtzentriffl.

In drei gleichlautenden Urteilen hat der Staatsgerichtshof entschieden, daß die angefochtenen Bestimmungen der Landeswahlgesetze in Mecklenburg-Vorpommern, Danzig und Preußen verfassungswidrig sind. Die sächsischen Bestimmungen haben zum Teil fast den gleichen Wortlaut wie die als verfassungswidrig erklärten Bestimmungen der drei genannten Staaten. Bei dieser Sachlage gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder der Staatsgerichtshof entscheidet in der Klage gegen die sächsischen Wahlbestimmungen, wie er in den übrigen drei Fällen entschieden hat, dann ist das Leben des gegenwärtigen sächsischen Landtags aufs Schwerste bedroht; oder der Staatsgerichtshof entscheidet nunmehr zugunsten der sächsischen Koalition, dann ist in seinen drei vorherigen Urteilen. Das wäre als Demasierung des Staatsgerichtshofs auch sehr möglich.

Die aber der Staatsgerichtshof auch entscheidet, auf alle Fälle darf der Kampf gegen die sächsische Bürgerrechtsregierung nicht erlahmen. Und wenn es jetzt ein Anglistisches geht um mit einem bezweifelten Urteil die Entscheidung des Staatsgerichtshofs um ein paar Wochen hinauszuschieben, so ist das wirklich nichts mehr als eine Schmeichelei für politische Panzerkreuzer. Das Land

der Helld-Regierung zeigt, wie möglich sie sich mit Bangen und Mühen noch ein paar Tage länger zu halten versucht.

Wir haben schon mehrfach die Rechtslage dargestellt. Daran, daß der Staatsgerichtshof die Bestimmungen des sächsischen Wahlgesetzes über die Fäulnis für ungültig erklärt, ist wohl nicht zu zweifeln, allerdings wird er in dem Urteil, das im April zu erwarten ist, noch nicht die Wahlen für ungültig erklären. Rechnet es nach dem Urteil der Landtag ab, sich selbst das Licht auszublenden, so wird aller Voraussicht nach ein neuer Prozeß vor dem Staatsgerichtshof die Folge sein, der dann dazu führen könnte, daß der Staatsgerichtshof von sich aus die sächsischen Landtagswahlen von 1926 für ungültig erklärt. Natürlich würden dann noch einige Wochen hingehen, ehe das Urteil erfolgt, und auch wenn der Staatsgerichtshof schließlich die Wahlen von 1926 für ungültig erklärt, wäre es kaum mehr möglich, die Landtagswahlen mit den Reichstagswahlen zusammenzuliegen. Es würden dann Neuwahlen für den sächsischen Landtag ungefähr im Juli oder August stattfinden müssen. Den bürgerlichen Parteien sind bekanntlich Wahlen in dieser Zeit stets sehr unangenehm. Die Arbeiterschaft würde auch in dieser Zeit sehr gern bereit sein, zu einem Wahlkampfe anzutreten.

Reifen. Ein tödlicher Kraftwagenunfall. Am Mittwochabend gegen 11.15 Uhr ist auf der Bahnhofstraße der 26 Jahre alte Zimmerer Söffe aus Weiskal von einem Lastkraftwagen der Kraftfahrergesellschaft Freiheit tödlich überfahren worden. S. hatte auf seinem Fahrrad den Vorkopfzug, bestehend aus einem Kraftwagen mit zwei Anhängern, links überholt und versucht, auf die rechte Straßenseite zu gelangen. Vermutlich ist er dabei mit seinem Rade in einer Straßengrabenrinne hängengeblieben und zu Fall gekommen. Obwohl der Führer des Kraftwagens sofort alle Bremsen gezogen hatte, war es nicht mehr möglich, vor dem Geschickten zu halten. Dem Verunglückten ist das linke Hinterrad des Kraftwagens über die Brust und das linke Hinterbein über den Hals gegangen. Der herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod des Verunglückten feststellen. Nach Angaben von Augenzeugen trifft den Führer des Kraftwagens keine Schuld.

Leipzig. Verurteilter Betrüger. Der Kaufmann Max Lindenstein hatte sich wegen Rückzahlungsverzug, verurteilt Betrugs und Urkundenfälschung vor dem Schöffengericht zu verantworten. Lindenstein hatte in den Jahren 1910 bis 1927 Oppositionen und Gezeitschwindereien begangen, durch die er seine Opfer um 26 000 bis 30 000 M. schädigte. Das Urteil lautete auf 6 Jahre Zuchthaus, 8 Jahre Ehrenrechtsverlust und 4000 M. Strafe.

Bad Brambach. Selbstmord eines Liebespaars. Der 21 Jahre alte Handlungsbeamte Walthers und seine Kollegin, die 19jährige M. Pförtner aus dem benachbarten Gleichen, haben sich in einem Teiche ertränkt. Wie aus hinterlassenen Briefen hervorgeht, haben die beiden Selbstmord verübt, weil sich ihrer ehelichen Verbindung unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg gestellt hatten.

Chemnitz. Eine angenehme Zeitgenossin. Am Montagabend war ein 50 Jahre alter Eisenhändler in Silberdorf mit einem im gleichen Hause wohnenden 31 Jahre alten Frau in Streit geraten, in dessen Verlauf ihm diese kurz entschlossen einen Hakenstaken mit heißer Asche ins Gesicht schlug und ihm ebendort den letzten Schlagen auf den Kopf setzte.

Der also Mißhandelte erlitt erhebliche Verbrennungen im Gesicht und Kopfbedeckungen, die seine Heberführung ins Krankenhaus erforderlich machten.

Die Einwohnerzahl der Stadt Bitten stellte sich nach dem Fortschreibungsergebnis am 31. Januar d. J. auf 39 480 gegen 39 077 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

600 000 Einwohner in Leipzig. Nach Mitteilungen des Statistischen Amtes betrug die Größe des Stadtgebietes Ende Januar 1928 11 187 Hektar. Die Einwohnerzahl belief sich auf 600 000.

Für eine Amnestie

Die Deutschenationalen fordern Freiheit für Fremder

Die Deutschenationalen fordern Freiheit für Fremder. D. Am Rechtsausschuß des Reichstages wurden die Kommunisten am Donnerstag, allen wegen politischer Verbrechen oder Vergehen von den Gerichten des Reiches oder der Länder abgerichteten Personen Straffreiheit zu gewähren und von dieser Straffreiheit nur Wörder und Wördergehilfen auszuscheiden.

Der vom Abg. Gschke (Komm.) begründete Antrag rief eine längere Debatte hervor. Abg. Schulte (Zentr.) machte darauf aufmerksam, daß der kommunistische Antrag auch Urteile der Landesgerichte betrefte, so daß damit die Frage der Zuständigkeit des Reiches aufgeworfen werde. Abg. Eberling (Dnat. Sp.) forderte die Amnestie.

auch für die Fremder.

(Zuruf links: Freie Wörder). Diese Männer hätten sich in Zeiten höchster Not vergangen. Abg. Pfeiffer (Zentr. Sp.) bemerkte, daß die Amnestie nicht solche Urteile betreffen dürfe, die wegen Mordes erst vor einigen Monaten gefällt seien. Abg. Dr. Rosenfeld (Zentr.) erklärte, die Sozialdemokratie habe immer für die allgemeine Amnestie ausgesprochen. Die Urteile wegen Hochverrats gegen die Kommunisten und wegen Landesberrats seien uneträglich, zumal die Anwendung des Hochverratsparagraphen gegen rechts, insbesondere im Fall Graf, vollständig verfehlt habe. Im Fall Döls müsse endlich im Wege des Lieberaufnahmeverfahrens geholfen werden. Was die Zuständigkeit des Reiches gegenüber Urteilen der Länder betreffe, so habe auch das Reichsjustizministerium diese Zuständigkeit in Lieberaufnahmeverfahren immer angenommen. Man habe nur wegen des Widerspruches verziehen, die Frage zur Entscheidung zu bringen.

Die Fremder seien feige Wörder.

Die in brutaler Weise Menschen abgeschlachtet hätten. Die Sozialdemokratische Partei werde keine Amnestie gutheißen, die nicht auch die wegen Landesberrats Verurteilten betreffe.

Die Bannrechte Regierung ließ erklären, daß das Reich nicht das Recht habe, eine Amnestie zu erlassen, die sich auf Urteile der Landesgerichte beziehe. Abg. Eberling (Dnat. Sp.) bezeichnete die Ausführungen Rosenfelds über die Fremder als „sozialdemokratische Hege“. Abg. Landesberg (Zentr.) teilte demgegenüber mit, es handle sich bei den Fremden um gemeine, niederträchtige Wörder, bei denen die Wörder Wörder, die ihnen verhaftet waren, das Recht auf Leben abgetrieben und den Wörder in einer infamen Weise ausgetrieben hätten. Man habe Menschen unter falschen Angaben an bestimmte Orte geschickt, mehrere hätten sich auf einen Menschen geschürzt und ihn abgeschlachtet. Keiner der Wörder habe sich später zu seiner Tat bekannt, vielmehr hätten sich alle

in feiger Weise gebückt.

Und da stelle sich im Rechtsausschuß des Reichstages ein Mann hin, der noch dazu selbst Anwalt des Rechtes sein wolle, und erlaube sich sogar, denen, die sich über die Morde entrüsteten, eine Hege vorzumischen. Da jenseit, daß sich eine Verwilderung der Auffassung auch anders äußern könne als in der Beschuldigung von Wörtern.

Reichsjustizminister Hergt: Das Reich würde in der Lage sein, eine Amnestie auch bezüglich der Landesgerichte zu erlassen, es sei aber richtiger, auf die Länder Rücksicht zu nehmen und sich mit ihnen zu verständigen. Da heute nicht von allen Seiten und einheitlich die Amnestie verlangt werde, könne die Regierung nur eine abwartende Stellung einnehmen. — Weiterberatung Freitag.

Amstliche Sportbericht vom 9. März

Vericht der Sächsischen Landeswetterwarte
Cobitz: — 2 Grad, wolfig, still, 15 cm Schnee, 3-5 cm Reuschnee, Pulverschnee, Stl und Nebel möglich.
Sad Gottloba: — 2 Grad, wolfig, schwacher Nord, 4 cm Schnee, 4 cm Reuschnee, gleichmäßige Schneedecke, Nebel möglich.
Reising: — 6 Grad, wolfig, still, 10 cm Schnee, 3 cm Reuschnee, Pulverschnee, Stl und Nebel möglich.
Altenbera: — 4 Grad, wolfig, schwacher Nordwest, 15 cm Schnee, 7 cm Reuschnee, Pulverschnee, Stl und Nebel möglich.
Oberwiesenburg: — 4 Grad, wolfig, schwacher Nordwest, 15 cm Schnee, 7 cm Reuschnee, Pulverschnee, Stl und Nebel möglich.
Jimwald: — 6 Grad, Schneefall, schwacher Nordost, 84 cm Schnee, 4 cm Reuschnee, Pulverschnee, Stl und Nebel gut.
Georgenfeld: — 6 Grad, Schneefall, schwacher Nordost, 84 cm Schnee, 4 cm Reuschnee, Pulverschnee, Stl und Nebel gut.
Rippsdorf-Bärenfels: — 3 Grad, Nebel, schwacher Nord, 3 cm Schnee, 1-2 cm Reuschnee, gleichmäßige Schneedecke, Stl und Nebel auf Waldwegen möglich.
Schellerhaus: — 6 Grad, Nebel, schwacher Nordwest, 3 cm Schnee, 3 cm Reuschnee, Pulverschnee, Stl und Nebel möglich.
Oberwiesenburg: — 5 Grad, leichter Schneefall, still, 5 cm Schnee, 5 cm Reuschnee, Pulverschnee, Stl und Nebel möglich.
Hermdorf-Schleib: — 5 Grad, leichter Schneefall, schwacher West, 15 cm Schnee, 5 cm Reuschnee, Pulverschnee, Stl und Nebel möglich.
Moldau: — 8 Grad, leichter Schneefall, 15 cm Schnee, 5 cm Reuschnee, Pulverschnee, Stl und Nebel möglich.
Frauenstein: — 5 Grad, wolfig, schwacher West, 1 cm Schnee, 1 cm Reuschnee, Pulverschnee, kein Sport.
Annaberg: — 5 Grad, bedeckt, schwacher Ost, 2 cm Schnee, 2 cm Reuschnee, verhaselt, Stl und Nebel auf Waldwegen möglich.
Oberwiesenburg: — 4 Grad, bedeckt, leichter Nordwest, 4 cm Schnee, leicht verhaselt, Stl und Nebel auf Waldwegen möglich.
Hildberg: — 9 Grad, bedeckt, heiter Nordwest, 80 cm Schnee, 1 cm Reuschnee, gefriert, Stl und Nebel gut.
Lobauersgraben und Schand: kein Sport.
Altenbera (Richtgebiet): — 5 Grad, wolfig, schwacher Nord, 35 cm Schnee, 2-5 cm Reuschnee, verhaselt, Stl und Nebel gut.
Auerberg: — 9 Grad, Schneefall, schwacher Nordwest, 15 cm Schnee, 2-5 cm Reuschnee, gleichmäßige Schneedecke, Stl und Nebel gut.
 Am Lausitzer Berge und im Ostergebirge weiterhin anhaltender leichter Schneefall bei mäßigen Frosttemperaturen. Die Sportverhältnisse erlahnen dadurch eine Besserung. Kaufverhältnisse nur vereinzelt, herrliche Winterlandschaft.

Zugverbindungen für den Wintersportverkehr

Connabend den 10. und Sonntag den 11. März
Dresden — Gröna — Altenbera. Dinsfahrt am 10. März: 14.40, 15.18, 20.35 Uhr, am 11. März: 5.33, 6.40, 8.07, 9.39 Uhr. Rückfahrt: 16.50, 17.53, 19.00, 20.10 Uhr.
Dresden — Rippsdorf. Dinsfahrt am 10. März: 13.19, 14.48, 16.17, 16.48, 19.50 Uhr, am 11. März: 6.51, 7.12, 9.35 Uhr. Rückfahrt: 16.18, 18.00, 18.50, 20.05, 22.18 Uhr.
Dresden — Frauenstein. Dinsfahrt am 10. März: 13.52, 17.30 Uhr, am 11. März: 6.19 Uhr. Rückfahrt: 17.12, 20.50 Uhr.
Dresden — Moldau. Dinsfahrt am 10. März: 17.80, 18.25 Uhr, am 11. März: 6.19 Uhr. Rückfahrt: 18.20, 21.20 Uhr.
Dresden — Gottloba. Dinsfahrt am 10. März: 13.03, 16.58, 20.38 Uhr, am 11. März: 6.17, 9.39 Uhr. Rückfahrt: 15.15, 19.07, 22.26 Uhr.

Sozialdemokratische Statkritik

Allgemeine Haushaltsberatung (1. Tag). — Eine Rede des Genossen Arzt — Demokraten und Wirtschaftspartei

Sächsischer Landtag

71. Sitzung, Donnerstag, 8. März 1928

Die Sitzung beginnt schon vormittags 11 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die

Beratung des Staatshaushalts 1928.

Zur Zusammenfassung damit kommen zahlreiche Anträge und Anfragen zur Verhandlung. Von der sozialdemokratischen Fraktion liegen Anträge und Anfragen vor, die die Abrechnung der ersten Male für ein neues Budgetjahr im Reichstage, die Zuzahlung des Ministerpräsidenten bei der Länderkonferenz, die Zuzahlung der Sächsischen Staatsbahn, die Berücksichtigung der Beamtenkassen bei der Jugendpflege, die Anstellung von Kaufmännern sowie die Durchführung der bei Kapitel 31 (1927) wegen der Gemeindefürsorge gefassten Beschlüsse betreffen. Die allgemeine Aussprache eröffnete

Genosse Arzt

mit einer großzügigen Rede, in der er erdärmungslos, aber treffende Kritik an der Defizitwirtschaft wie überhaupt an der ganzen Politik der Koalitionsregierung übte. Arzt führte im wesentlichen aus: Zweifellos ist der wichtigste Beratungsstoff für ein Parlament der Etat. Wer aber geglaubt hatte, daß die Wirtschaft des Reiches ein aufmerksames Parlament vorgefunden hätte, wurde schwer enttäuscht. Während der Rede des Finanzministers ließen sich die Reihen immer mehr und mehr, und sogar seine eigenen Parteianhänger waren nicht einmal vollständig anwesend. Die Schuld an der Unanwesenheit des Hauses trifft den Minister allerdings selbst, denn er hat eine an und für sich gut ausgearbeitete Rede seiner Ministerkollegen sehr schlecht vorgelesen. (Weiterheit und sehr richtig links.) Inzwischen hat er sie verschiedentlich gelesen, aber nur auswendig nicht. Man würde an das alte Wort erinnern: Das Überlegen ist nicht schwer, das Gelingen aber um so mehr. (Weiterheit.)

Die Rede des Ministers zeigte in ihrer Gesamtheit ein Bild der Zerissenheit und Zerfahrenheit der jetzigen Koalitionsregierung.

Die finanzielle Lage des Staates ist außerordentlich ernst. Nicht allein, daß der Etat ein Defizit von über 21 Millionen Mark aufweist, es sind auch 75 Millionen Mark ungedeckte und 51 Millionen Mark schwappende Schulden vorhanden. Das aber ganz besonders bedenklich (links), ist die Festhaltung des Ministers, daß alle Reserven erschöpft sind. (Vort. hört links.) Wenn der Minister auf andere deutsche Staaten verweist, die in gleicher Weise verfaulend sind, so ist das ein solches Trost. Er wies aber auch darauf hin, daß das Defizit im Vergleich zum vorigen Jahre 9 Millionen Mark geringer sei. Wer soll damit gelächelt werden? Soll das etwa heißen, daß der Staat weniger gewirtschaftet habe? Wer den Etat kennt, weiß, daß das nicht stimmt, denn das um 9 Millionen Mark geringere Defizit wird durch die Tatsache der Mehrerhebung von 15 Millionen Mark an Steuern durch das Reich völlig ausgeglichen. Die vorgenommenen Streichungen können zum Teil unter keinen Umständen gehalten werden.

Wlein die Mittel für die Erwerbslofenfürsorge sind um 15 Millionen Mark gekürzt worden.

(Hört, hört links.) Die Darlehen für Schulbauten usw. werden um 5000000 M. gekürzt. (Hört, hört links.) Die Anstreichungen der Lehrlinge für Fortbildungszwecke wurden um 1000000 M., die Erweiterung der Turnhallenbauten um 1250000 M., die Darlehen an die Deutsche Studentenschaft um 500000 M., die Hilfsvereinigungen um 1 Million Mark verringert. (Hört, hört links.) Selbst die Mittel für die notleidenden Schüler hat man um 500000 M. herabgesetzt. — Angesichts dieser Tatsache behauptet er sehr eigenartig, wenn der Minister vom Landtag erwartet, daß eine Döherziehung des Etats unter allen Umständen vermieden wird und daß sich der Landtag das ungeschickliche Recht des einseitigen Parlaments zu eigen macht, Hoherziehungen nur dann zuzustimmen, wenn sie von der Regierung beantragt werden. Das ist kein Recht eines Parlaments, sondern das Gegenteil davon. Der Minister wird sich schon gefallen lassen müssen, daß der Landtag sein wichtiges Recht, das Budgetrecht, restlos schütz und unbedingten Gebrauch davon macht. Gegen Eingriffe in die Rechte des Parlaments werden wir uns mit aller Entschiedenheit. (Sehr richtig bei den Sog.)

Die Sozialdemokratie wird nicht allein in den Ausschüssen jede einzelne Position kritisch beraten, sondern vor allem dort, wo die sozialen Verpflichtungen des Staates nicht in gehöriger Weise gewahrt worden sind, Anträge auf Erhöhungen der Staatskapitel stellen.

Bei Betrachtungen der wirtschaftlichen Lage hat der Minister angedeutet, daß die Lage der Landwirtschaft der Regierung große Sorge bereitet. Die Sozialdemokratie ist eine Partei, die diese Notlage in keiner Weise unterschätzt, sie war es schon bei der Wahl, gerade dem Bauer zu helfen. (Hört, hört rechts. — Aha, Neu: Dem Bauern, nicht den Großgrundbesitzern!) Aber wie unterscheiden uns in dem Wege, der zur Beseitigung dieser Not eingeschlagen werden soll. (Sehr gut! bei den Sog.) Es ist bezeichnend, daß die Notlage der Landwirtschaft in dem Augenblick brennend wird, wo sowohl in der Reichsregierung als auch in der sächsischen Regierung deutsche nationale Minister sitzen. (Sehr gut! bei den Sog.) Was haben denn die Herren zur Beseitigung dieser Not getan? (Sehr gut! bei den Sog.) Der Minister hat gesagt, daß Anweisungen an die Finanzämter ergehen sind, bei Prüfung des Ertrages oder der Erhaltung von Grundbesitz die Notlage der Landwirtschaft weitgehend zu berücksichtigen. Solche Anweisungen in einer Staatsverwaltung müssen geradezu wie ein Preisverbot wirken, der Finanzminister hat von sich aus der Steuerbehörde für Tor und Loh gestiftet. (Sehr richtig! bei den Sog.) Ihm geht jede Verantwortung für seinen Posten ab.

Die Krise in der Landwirtschaft ist vor allen Dingen eine Bankrotterklärung der Politik des Landbundes.

(Sehr gut! bei den Sog. — Zurufe rechts.) Der Landbund hat weniger seine Politik darauf eingestellt, den Bauern zu helfen, als vielmehr, deutschnationale Politik zu treiben. (Sehr richtig! bei den Sog.) Die von ihm geforderten Maßnahmen sollten in der Hauptsache den überschuldeten Großgrundbesitzern dienen. Daher kein Wunder, daß die Bauern langsam aufwachen und sich von dieser Politik des Landbundes loslösen wollen!

Die Sozialdemokratie hat im Reichstage Anträge eingebracht, die der Not der Landwirte steuern sollen

die der Aufhebung der Futtermittelzölle, Unterstützung der Produktionsaufhebung und Standardisierung der landwirtschaftlichen Produkte, Unterstützung der Erzeugerzölle und Verbraucherverbände, Schutz der Pächter gegen willkürliche Kündigung und Rückzahlung usw. Wenn der Landbund jetzt die Bauern auffordert, auf die Straße zu gehen, so ist das infolgedessen unverständlich, als gerade die Herren von rechts immer behauptet haben, daß sich die Regierung der Politik der Straße beugt. (Sehr

Sehr wahr! bei den Sog.) Jetzt kommen sie zu demselben Mittel. Uns ist es nur recht, wenn sie das tun, denn die Bauern werden, wenn sie aufgefährt sind, erkennen, daß der Arbeiter nicht ihr Gegner ist, sondern gerade ihr Freund. Und in dem Augenblick, wo der Arbeiter lauffähig ist, wird auch der Bauer viel leichter einen Absatz finden. (Sehr wahr! bei den Sog.) Vor allem muß die ungeheure Spannung zwischen Erzeugerpreis und Verkäuferpreis verschwinden. (Sehr richtig! bei den Sog.) Der Bauer steht heute in einer vollkommen falschen Front.

Der Bauer muß dem Landbunde den Rücken kehren und Schulter an Schulter mit der Arbeiterschaft für bessere Verhältnisse arbeiten

(Sehr wahr! bei den Sog.) Das Gefährliche, das die Erwerbslosenunterstützung als eine Prämie für die Faulheit bezeichnet und die sozialen Väter für die Arbeiterschaft zu hoch findet, muß allerdings verschwinden. Es hat nur den einen Erfolg gehabt, daß der Reparationsagent auf die Dinge aufmerksam geworden ist. (Sehr wahr! bei den Sog.) Hier gilt es, die Bauernschaft aufzuklären. Nur Schulter an Schulter mit der Arbeiterschaft werden die trübenden Verhältnisse in der Landwirtschaft allmählich beseitigt werden.

Die staatlichen Unternehmungen sollen für die übrige Industrie in sozialer, in technischer und vor allen Dingen auch in lohnpolitischer Hinsicht vorbildlich sein. (Sehr wahr! bei den Sog.) Für die gewerblichen Betriebe des Staates besteht anscheinend eine sehr große Gefahr. Ausgehend von einer

falschen Mittelstandsbettererei

will der Finanzminister den feinsten Geist einer falschverstandenen Mittelstandspolitik auch in die staatlichen Unternehmungen hineinbringen. Die Beschränkung der Aufgaben der Sächsischen Werke, wie sie von der Wirtschaftspartei angebracht wird, ist unter allen Umständen falsch. Diese Betriebe müssen sich in voller Macht erhalten können. Die Vorzeilmanufaktur in Reichen wollte eine Niederlage in Berlin aufmachen, eine Absicht, die einzig und allein an der Person des Finanzministers geknüpft ist. (Hört, hört! bei den Sog.) Diese Politik werden wir in jeder Hinsicht bekämpfen.

Hochinteressant war es weiter, daß der Minister mit feiner Güte

die Bestrebungen eines Teiles des Hausbesitzes auf Jumeinung von weiteren 45 Prozent Miete erwähnt hat. Er hat kein Wort darüber verloren, mit welchen Mitteln gerade diese Hausbesitzer die Regierung einschüchtern wollen. Der Ton, in dem sie reden, ist der Ton der Beute, die wild geworden sind, weil ihnen nicht die nötigen Profile in die Tasche fallen. Ein näheres Eingehen auf diese Dinge erwirgt sich heute, da mein Parteifreund Müller sie erst kürzlich behandelt hat, aber die Ausführungen des Ministers über die wirtschaftliche Lage müssen wir auch abschärfend beurteilen. Der Minister tut so, als wenn Arbeiter in Sachen überhaupt nicht vorhanden wären. (Sehr richtig! bei den Sog.)

Von den Arbeitern wird in seiner ganzen Staatsrede überhaupt nichts gesagt.

(Zuruf bei den Sog.: Die sind ja nur Objektiv!) Kein Wort auch über die Freisenunterstützung und der Weisenfürsorge. Warum tut die Regierung nichts, um die schweren Lohnkämpfe der Arbeiterschaft zu erleichtern und auf die Preise der Industrie einzuwirken, daß sie endlich ihren Verpflichtungen gegenüber der Arbeiterschaft auch nur einigermaßen nachkommen. Vor allem hätte wir auch gewünscht, daß sie den Birkenlaugereis in Thälheim befreit hätte. Man schreie einen Regierungsrat hin, ein Minister war für diese Dinge nicht nötig, es waren ja bloß Arbeiter, was brauchte die Regierung da anzuwenden zu sein. Die Arbeiter erkennen mehr und mehr, daß ihr Lohn vor allen Dingen ein politischer Lohn ist. (Aha, Gabel: Sehr wahr!), und sie deshalb nur vorwärtskommen, wenn sie verstehen, mit Entschiedenheit den politischen und den wirtschaftlichen Kampf zu führen.

Auch was sonst in Sachen für die Fürsorge der Arbeiterschaft getan wird, ist außerordentlich gering. (Aha, Neu: Sehr wahr!) Der Minister hat gesagt, wir können nicht anders, weil die Beschäftigungsbörse so außerordentlich viel Geld verschlingt hat. Die Sozialdemokraten sind Gegner dieser Beschäftigungsbörse gewesen wegen ihres sozialistischen Charakters. Ein Kulturhaus wird selbstverständlich für die Schulergleichung und die Behergehaltung immer sehr viele Ausgaben machen müssen. Stellt man aber zu den Ausgaben für die Kulturaufgaben im engeren Sinne die Ausgaben für Polizei und Justiz in Vergleich, so ist festzustellen, daß hier noch kein Verhältnis geschaffen worden ist, wie es für einen Kulturstaat wichtig und richtig ist. Der vorliegende Etat ist

ein Etat gegen die Arbeiterschaft

(Sehr richtig! bei den Sog.) und deshalb werden wir ihn unter allen Umständen auf das entschiedenste bekämpfen. Die schlechte Finanzlage des Staates ist nach dem Minister hauptsächlich durch die Stellung des Reiches verschuldet. In einer wie einer Gemeindefürsorge anmutenden Rede hat er von der finanziellen Ausbühlung, durch das Reich gesprochen und Beispiele des Rebeninwanderens gebracht. Er hat aber vergessen, daraus den richtigen Schluß zu ziehen. Wenn nämlich die Dinge so liegen, dann wird es höchste Zeit, daß wir mit Ernst an die

Bereinigung des Deutschen Reiches herangehen.

Das Problem von Schied wird vom Finanzminister infolgedessen falsch aufgestellt, als er die Angelegenheit lediglich vom finanziellen Standpunkt aus betrachtet. Das ganze Problem ist aber vom Standpunkt der Demokratisierung der Verwaltung anzufassen. Wir verwahren uns dagegen, daß die Dinge etwa lediglich auf dem Verwaltungsweg gemacht werden, das Beschlußrecht des Landtags muß gewahrt werden.

Diese Regierung hätte überhaupt keinen Etat mehr vorzulegen.

sondern nur die Aufgabe, ein Maßgesch noch beraten zu lassen, und dann sollten die Minister ihre Köpfe packen lassen. (Sehr gut! bei den Sog.) Wie es in dieser Regierung aussieht, ist bekannt. Die Minister stimmen gegeneinander, jeder Zusammenhang in der Regierung fehlt.

Die Regierung wird nur zusammengehalten von einem: von der Angst vor den nächsten Wahlen.

(Sehr wahr! bei den Sog.) In der Regierungskoalition ist eine Partei, die SPD, die überhaupt keine Mitglieder mehr hinter sich hat. Alle Tage kommen die Anhänger der SPD, wieder zu uns herüber, und bald wird die ganze SPD nur noch aus den vier Mitgliedern, die im Landtag sitzen, und dem Ministerpräsidenten bestehen. Wie kann man eine solche Regierung zusammenhalten wollen? Das ist ausgeschlossen. Am besten ist, daß Schluß gemacht wird und daß die Landtagswahlen an gleicher Zeit mit den Reichstagswahlen stattfinden.

Wie der Bürgerbund in Sachen abgewirtschaftet hat, hat er auch in Reiches vollständig abgewirtschaftet. (Sehr wahr! bei den Sog.)

Die Arbeiterschaft brennt auf den Moment der Abrechnung. (Sehr richtig! bei den Sog.) Bei diesem Wahlkampf wird sich dann zeigen, daß, wenn das sächsische Parlament nicht nachgibt, doch die vollständig veränderten politischen Verhältnisse im Reich auch einen Druck auf den Sächsischen Landtag ausüben werden. Und dann ist auch der Augenblick gekommen, wo wir endlich mit dieser reaktionären Regierung abrechnen können. Dann kann die Regierung sprechen: Der Vorhang fällt, die Komödie ist aus! (Lachendes Bravo! bei den Sog.)

Die übrigen Fraktionsredner

Die Deutschnationalen schickten als Fraktionsredner den früheren Bürgermeister von Rostock, Dr. Schelle, vor, der sich in einer langen philosophischen Betrachtung über den Materialismus gelief, die auf der linken Seite des Hauses wiederholt für die Heiterkeit hervorrief. Man brauche eine Führung mit sittlichen Werten, eine Führung im Sinne Bismarcks und einen deutschen Geist. Bei einer Erklärung auf das Gebiet der Außenpolitik ging es ohne einen häßlichen Seitenhieb auf Stresemann nicht ab. Ueber den Etat selbst sagte dieser Deutschnational kein Sterbenswörtchen.

Ihm folgte Paul Wüster, der vom Vordränger sagte, daß er sich als sächsischer Vagabund vor dem Landtage produziert habe. Der Etat spiegelte in besonders krasser Form die Klassengegensätze wider. Die SPD werde den Etat der Bürgerbiokratie ablehnen. Eine Besserung der Verhältnisse sei nur möglich durch den Sturz der bürgerlichen Republik. Nachdem er dann mit seiner ganzen Ungenauigkeit gegen die bösen Sog 5 gemeldet hatte, brachte er dieser fonderbare kommunistische Pöbeler fertig, an die SPD einen Appell zur Herstellung einer Einheitsfront und zur Abhaltung einer gemeinschaftlichen Waisfeier zu richten.

Der volksparteiliche Dresdener Oberbürgermeister und Oberregisseur der Feldt-Koalition, Herr Dr. Wüster, forderte, daß endlich Ernst mit der Verwaltungsreform gemacht werde. Das Verhältnis zwischen persönlichen und sachlichen Ausgaben müsse unbedingt beseitigt werden. Als dringlichste Aufgabe bezeichnete er die Förderung des Wohnungsbaues. Die geeignete Mittelbeschaffung sei hierfür die Retentionssteuer, die auf eine gewisse Zeit festgelegt werden müsse. Zu der Angangung des Außenministers durch den deutschnationalen Redner bemerkte Herr Wüster, er möchte sich an die Tafel halten, daß wir mit den Deutschnationalen in einer Koalition sitzen.

Der Demokrat Dr. Seyfert stellte fest, daß der Finanzminister etwas wesentlich anderes als sein Vorgänger nicht haben können; Beweis, daß es nicht auf Wünsche einzelner Parteien oder Wirtschaftsklassen ankomme. Heute präbieren gerade diejenigen am lautesten die Sparmaßnahme, denen es beim Schulgesetz nicht auf Millionen angekommen sei. Zur Rechte hin gewendet, warnt er davor, alle Gegenstände in der Koalition sich in der Tasche und in der Öffentlichkeit auszuheben zu lassen. Es gäbe eine Grenze, an der der Gehalt einmal reichen könne. Auch sollten keine unerfüllbaren Forderungen aufgestellt werden. Das gelte besonders für die Hausbesitzerzeitung. (Zuruf h. d. Wirtschaftspartei: Das ist kein politisches Organ! Große Heiterkeit.) Eine Erhöhung der Miete oder Kürzung des Wohnungsbauanteils an der Mietzinssteuer sei unmöglich, und auch an eine Beschränkung des Staatsanteils sei kaum (!) zu denken. Wenn es nicht gelänge, aus den großen Infanzabhängigkeiten etwas herauszuholen (Zuruf h. d. Wirtschaftsp.: Das geht nicht!), dann sehe er keinen Ausweg.

Die Drohung mit der Landtagsauflösung sei eine leere Drohung.

dem Erhöhung des Hausbesitzeranteils sei keine Wahlparole. Finanzminister Weber hielt die Vermutung wegen der Erhöhung der Mittel für die Erwerbslofenfürsorge für unbegründet. Sachlich habe sich streng an das Vorgehen des Reiches gehalten, auch kein noch erhebliche Gelder aus dem laufenden Jahre vorhanden. Ähnlich verhalte es sich bei den anderen Streichungen.

In der weiteren Aussprache kamen noch zu Worte der Wirtschaftsparteiler Henrichel, der das Verstehen einer Wohnungsmot überhaupt leugnete, Herr Wetke von der sogenannten SPD, der sich zu der Behauptung verließ, daß trotz der Einparungen die kulturellen und die sozialen Aufgaben nicht zu kurz kämen, und der Aufwärtler Härtel, der die Einstellung von Mitteln für die Aufwertung über die gesetzlichen Vorschriften hinaus vermittle. Den Schluß der ersten Redeperiode machte der Nationalsozialist Dr. Grobe, der eine recht kräftige Rede hielt.

Schließlich verlas noch der Ministerpräsident Heldt einige Regierungswortreden auf der vorliegenden Anträgen. Danach hat die Regierung ihren Bevollmächtigten im Reichstag angewiesen, dem preussischen Antrag auf Streichung des im Etat eingeschätzten Budgets nicht beizutreten. Wohlgebend seien dafür die Ausforderungen des Reichswirtschaftsministers gewesen. — Auf der Länderkonferenz habe er für seine Person gesprochen; er habe keine einseitige partikularen Stellung vertreten, sondern bloß vor einem übertriebenen Zentralismus gewarnt. Schließlich nimmt der Ministerpräsident die Staatsregierung gegen den Vorwurf einer einseitigen, parteipolitischen Berichterstattung in Schutz.

Schluß der Sitzung kurz vor 7 Uhr. — Fortsetzung morgen, Freitag.

Die „Kollage der Montanriesen“

Die Montanriesen von Rheinland und Westfalen haben die Dividende für 1927 durchweg erhöht. So steigerte Röhner die Dividende von 5 auf 7 Prozent, Aika-Koessen von 5,5 auf 9 Prozent und Hoersch von 5 auf 8 Prozent. Bei Harpen will man aber allem Anschein nach eine Verringerung der Dividende von 8 auf 6 Prozent vornehmen. Diese Absicht einer ausschlaggebenden Industriegruppe von Rheinland und Westfalen wies eine Sensation und steht augenblicklich im Mittelpunkt der Erörterungen. Der Börsen-Courier, der die Interessen der freien Aktionäre vertritt, schreibt zu der drohenden Dividendenminderung bei Harpen u. a. folgendes:

Man glaubt, solange man die Bitter des Abschlusses von Harpen (Red.) noch nicht gesehen hat, nicht so recht an die Notwendigkeit der Reduzierung, vermehrt vielschlagend unkontrollierbare Lebensabsichten einer ausschlaggebenden Gruppe. Einerseits mannt man von Nachlässigkeit, die durch die Dividendenrückstellungen auf erniedrigter Basis realisiert werden sollen; andererseits solle die Dividendenminderung einen Hintergrund für die bevorstehenden sozialen Kämpfe abgeben. Endlich nicht davon gesprochen, daß in der Aera Silberberg schärfere Arbeitsbedingungen hätten, als das unter dem Regime Wüster üblich war.

Der Börsen-Courier vertritt nichts Neues. Die Absicht, durch niedrige Dividenden die Lohnkämpfe zu beeinflussen, ist ja bereits von den anderen rheinisch-westfälischen Kongernen durchgeführt. Krupp hätte nach dem vorgelegten Abschluß mindestens 10 Prozent zahlen können; es wurde aber auf Zahlung einer Dividende verzichtet. Auch bei dem Stahltrust und bei Röhner sowie bei Hoersch wäre, wenn man es gewollt hätte, die Dividende zu steigern gewesen. Dr. Silberberg, der neue Herr bei Harpen, scheint ganz augenblickliche Beweise für die „Kollage der Montanriesen“ erbringen zu wollen; er verkürzt die Dividende. Der demnach erscheinende Abschluß kann erst gelten, wenn diese Reduzierung bestätigt ist. Allerdings wird das nur der Fall sein, wenn die Bilanz von Harpen diesmal ebenso müßiggelühtig durchgeführt wird, wie das bisher unter Silberbergs Vorgänger der Fall war. Daß Harpen aber auch jetzt noch dieselbe korrekte Bilanz herausbringt wie früher, bezweifeln wir sehr.

Aus aller Welt

Dreiste Räubereien

Wienburg, 9. März. (Sig. Juntspruch.) Im Vorraum der Reichsbankniederlage in Wienburg wurde am Donnerstag vormittag ein dreifacher Raubüberfall verübt. Dort hatten zwei Kassenboten der Dresdner Bank einen Betrag von 110 000 M. abgehoben. Plötzlich verschüchterte ein unbekannter Mann dem einen Boten die mit Geldscheinen gefüllte Aktentasche zu entreißen. Der andere Kassenbote, ein Schmerkfriedrichslehrling, sprang seinem Kollegen bei. Darauf gab der Räuber auf ihn mehrere Revolvererschüsse ab, von denen ihn einer in die Brust traf, so daß er zusammenbrach. Der Verbrecher ergriff dann die Flucht, ohne daß ihm der geplante Raub gelungen ist. Der schwerverletzte Kassenbote wurde ins Krankenhaus gebracht, der Täter konnte bis jetzt noch nicht ergriffen werden.

Sieben Tage auf Eisföhlen

Zwei amerikanische Armeeflieger und ihr Eskimo-Führer hatten mit einem Flugzeug über der Hudson-Bay eine Notlandung auf einer Eisföhle gemacht. Dabei brach das Interzeil und der Propeller des Apparates. Die drei Männer entschlossen sich, die Küste nach Osten zu Fuß zu erreichen. Inzwischen hatte ein furchtbares Schneesturm eingesetzt. Nachdem sie eine Nacht durchmarschiert waren, wurde das Wetter klarer. Die Wänter sahen um sich nichts weiter als Wasser und Eis. Sie schritten sich zum Nächsten an, da sie in der Richtung, aus der sie gekommen waren, aus der Wolkendeckung das Vorhandensein von Land schlossen. Nach siebentägigem Marsch auf Eisföhlen bei einer Kälte von 55 Grad Celsius erreichten die Flieger festen Boden. Dem Lode des Verhungerns sind sie nur dadurch entronnen, daß es ihnen unterwegs gelungen war, ein Walros zu töten, dessen Fleisch sie tag verzehren. Nach ihrer Ankunft an Land vergingen nochmals mehrere Tage, bis die drei völlig erschöpft von einem jenseitigen Eskimo aufgefunden und nach Fort Barwell gebracht wurden.

Siebenhunderttausend Dollar erbeutet

In Gifera, einem westlichen Vorort von Chicago, drangen zwei Banditen in das Gebäude der Borin Manufacturing Company ein und erbeuteten Papiere und Wertgegenstände in Höhe von 700 000 Dollar. Die Verbrecher konnten unbeschädigt entkommen.

Fernsehen auf dem Ozean

Berlin, 9. März. (Sig. Juntspruch.) Durch ein interessantes Fernsehexperiment wurde gestern ein Junker des Dampfers Berendaria mit seiner Frau, einer Engländerin, in Selun, Südsibirien, herbeigeholt. Die Berendaria war ungefähr 1000 Meilen auf See, als sich Dora Selun in England vor

ben Bildfender setzte und der glückliche Bräutigam sie auf der Projektionsfläche lachen sah. Die Vorführung beendete auf der Berendaria größtem Jubelsturm.

P. Paris, 9. März. (Sig. Juntspruch.) Gestern fand das erste drahtlose Telefongespräch zwischen Paris und Reuhoft statt, das durch die englische Luft vermittelt wurde. Die Verständigung war ausgezeichnet. Das Drei-Minuten-Gespräch kostete 1810 Franc, also 200 Mark.

Der Schulmeister gewinnt das große Los

Berlin, 9. März. Das große Los der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie ist nach Königsberg bei Vordorheim gefallen. Der glückliche Gewinner, ein 33jähriger Hauptlehrer Heeger, steht im Mittelpunkt des Interesses. Heeger spielte schon längere Zeit in der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie ein Viertellos und hat öfters den Einsatz gewonnen. Auch bei der letzten Ziehung kam er mit seinem Einsatz heraus, so daß er meinte, schon einmal große Gänge gehen zu können und vier Viertel spielte. Sein Plan war seit jeher, mit Hilfe des Lotteriegewinns mit seiner Frau eine größere Reise zu unternehmen. Die Frau des Hauptlehrers meinte vor Freude, als sie die Nachricht erhielt. Heeger hat bereits um einen dreiwöchigen Urlaub der seiner Besondere gebeten, um auf Reisen gehen zu können. Die gewonnene Summe ist 500 000 M., doch werden 100 000 M. an Steuern abgezogen, so daß der Gewinner 400 000 M. ausgehändigt erhält.

Kurzwaren!

Nahtband

schwarz und weiß
10-Meter-Rolle . . . 13,-

Armlblätter

Batist in heller Gummiplatte, Paar 25,-

Gummilitze

für Schläpfer, waschbar
Meter 18,-

Kranzknöpfe

„Spez.-Marke Alsbere“
3 Dtz. in Größen sortiert 38,-

Alsbere



Feinseifen

- | | |
|--------------------------------------|---------------------------------------|
| Gallseife 12 Pf. | Eibischwurzelseife 28 Pf. |
| Familienseife 15 „ | Nellenseife 30 „ |
| Mandelseife 15 „ | Konkurrenzseife 30 „ |
| Blumenseife 20 „ | Lilienmilchseife 30 „ |
| Sanitätsglyzerinseife 20 „ | Germanenseife 30 „ |
| Ger. Kinder-Badeseife 22 „ | Ebeldmarke 30 „ |
| Fettseife 25 „ | Feinste Waldkräuterseife 30 „ |
| Canolinseife 25 „ | Badeseife 35 „ |
| Teerseife 25 „ | Spanische Fliederseife 60 „ |

Erhältlich in allen Verteilungsstellen des
Konsumvereins

Vorwärts

Abgabe nur an Mitglieder — Mitglied kann jeder werden
Eintrittsgeld 50 Pf.



SO reinigt VIM Ihre Hände!

Vim putzt schnell bei Arbeitsende Außer allem auch die Hände.

Der Erfolg

unserer Weißen Wochen bewies uns, daß das Prinzip: „Nur gute Qualitäten bei billigster Preisberechnung“ Anerkennung gefunden hat. Unsere Schaufenster und Innendekoration geben eine Uebersicht und Beispiele unserer Preiswürdigkeit. Benutzen auch Sie die letzten zwei Tage dieser Verkaufsveranstaltung zur Aufstellung Ihres Wäscheschranks

Blousen-Ecke

Zwölfgaß/Kellnersdorfer Str. 14

Detail-Verkauf
Fußbodenlackfarbe 1,50
Fußbodengrund 1,00
Oelfarbe, fertig 1,20
Emallierlack, w. . . 2,00
Emallierlack für
Küchenmöbel . . . 2,00
Bodenwachs . . . 1,50
1/2 20 Pf. 1/2 15 Pf. Anstich.
Von 5 kg frei Haus.
Verk.: Grunow Str. 27,
Hauptgartenstraße 2.
G. A. F. Büsch
Lackfabrik (w113)

Arbeiter
werden eingestellt
Victor Teschendorf
Baum- u. Bauerschulen
Cottbus



Wenn Sie Stoff haben

Wenn Sie Stoff haben, dann lassen Sie sich ein
Anzug u. 10 St. an
Jaschotte u. 10 St. an
Jackette u. 10 St. an
Nur bei
Pilsner, Lothausstraße 27.

Achtung!

Haus Ger. letzten mens. neuem Gerdorbe
Anzug u. 10 St. an
Jaschotte u. 10 St. an
Jackette u. 10 St. an
Nur bei
Pilsner, Lothausstraße 27.

LEBEN+WISSEN+KUNST

39. Jahrg. — Nr. 59

BEIHLATT DER VOLKSZEITUNG

Freitag den 9. März

Petroleum

Roman von Upton Sinclair

Uebersetzt von Hermann zur Mühlen

Copyright 1907 by Wolff-Verlag H. G. Berlin W 20

Nun war der Augenblick des Betonierens gekommen; die Quelle mußte wasserdicht gemacht, der festbare Oelfund abgedichtet werden. Dort unten in der Erde lag ein Erdölteich, überlagert von undurchlässigem Gestein, das einer unerschöpflichen Riesentwasserschüssel gleich. Das Erdöl war voll was. Jetzt, da in die Wasserschüssel ein Loch gebohrt worden war, kamen das Erdöl und die Gase hoch, aber nur, wenn kein Wasser den Druck verminderte. Überall unter der Erde war man auf Bäche und Teiche gestoßen; nun galt es, sie unten, am Grunde des Bohrlochs, einen großen Betonblock anzubringen, der innerhalb und außerhalb der Bohrung jede Spalte ausfüllte. So dieser Block fest, so wurde er bis hinunter zum Petroleumfund durchbohrt. Der darauf entstandene Kanal wurde darauf geschlossen, daß zwar das Öl hochströmte, aber kein Wasser hinabströmen konnte. Dies war der allerwichtigste Teil der ganzen Arbeit; alle Kräfte und Kruppen der Arbeiter waren angepannt, und selbstverständlich auch die des Besitzers und seines Sohnes.

Zuerst wurde die Bohrung angebracht; ein vorsichtiger Mensch wie Herr Koff zog sie bis an den Anfang des Bohrlochs hinauf. Sodann wurde reines Wasser hinuntergepumpt, stundenlang, bis aller Schmutz und alles Öl aus der Sonde entfernt war. Und nun machten sich die Betonleute an die Arbeit. Ein Auto hatte zweihundert Säcke Zement gebracht, denn hier durfte nur reiner Zement und nicht etwa Sand verwendet werden. Sie schufteten wie die Teufel, denn die ganze Arbeit mußte in weniger als einer Stunde geleistet werden, ehe der Zement sich verhärtete. Es war interessant, ihre Arbeit zu beobachten. Sie schoben einen ausgehärten „Bader“ mit Kautschukreifen oben und unten in die Bohrung, der im Bohrloch schwamm. Obenauf kam der Zement. Die Säcke wurden aufgerissen, der Inhalt in die Wasserschüssel geschüttet, sie setzte sich in Bewegung, und ein großer Fluß strömte ins Loch. Die schweren Pumpen begannen zu arbeiten und trieben ihn in die Tiefe. In einer halben Stunde waren einige Hundert Fuß mit Zement gefüllt; dann wurde ein Kautschukpuffer hinabgelassen, der sich oben an die Bohrung schloß, und wieder arbeiteten die Pumpen und trieben den Zement in die Sonde. Wurde die Sonde erreicht, so fiel der untere Bader ab, und der Zement floß ein; der Druck des oberen Baders trieb den Zement in jede Ritze und Spalte; überall setzte er sich fest und machte die Bohrung wasserdicht.

Man mußte es etwas Aufregenderes geben, als einen derartigen Vorgang zu beobachten, zu erfahren, was sich unter der Erde abspielte, die Fähigkeit zu bewundern, mit der die Menschen alle Hindernisse der Natur überwinden, die Arbeiter hin und dorthin rufen zu sehen, fleißig wie Ameisen über die Erde, und dennoch gelassen, ihrer Sache sicher?

War diese Arbeit beendet, so hieß es zehn Tage warten, bis sich der Zement völlig verhärtet hatte. Die Inspektionsbehörde kam zur Revision. Schien die Füllung nicht völlig wasserdicht, so mußte das Ganze von neuem gemacht werden; einige arme Teufel mußten es zwanzig- oder dreißigmal machen. Herr Koff konnte so etwas nicht zustoßen; er veranderte sich aufs Betoniern — und auch auf Inspektoren, sagte er grinsend hinzu. Jedenfalls erhielt er die erforderliche Erlaubnis; und nun bohrte Koff-Bankfide Nr. 1 ein Zehnfuß-Loch durch den Beton und drang zum wirklichen Oelfund durch. Aber paar Stunden wurde der Druck gehalten. Die Stunde des Triumphes nahte: Minus Null.

Der Knabe ging vor Aufregung auf den Bodenpfeifen. Den ganzen Tag undrängte eine dicke Menge die Arbeiter, und man mußte ihr grob kommen, damit sie sich beruhigten.

Nun seien sie tief genug gekommen, sagte der Vater, nun die letzte Bohrung wurde angebracht; sie war durchbohrt wie ein Stiel, und durch diese Löcher sollte der Schmutz fließen. Bis tief in die Nacht hinein wurde gearbeitet; Vater und Bunny trugen ihre ältlichen Kräfte und waren vollkommen mit Öl und Schlamm beschmutzt. Es galt jetzt noch, die Sonde etwa sechs Stunden lang zu „waschen“, sie sollte von Sand und Schlamm zu säubern. Vater und Bunny gingen schlafen.

Als sie wiederkamen, war es an der Zeit, zu „schöpfen“. Der Druck des Gases und des Petroleum wurde nämlich durch eine Wasserfäule niedergehalten; zwei Drittel Weilen hoch. Jetzt wurde ein großer Schöpfseimer in die Sonde gelassen, der fünfzig Fuß von der Wasserfäule abschöpfte und ins Zumploch goß und dann noch einmal fünfzig. So wurde die Wasserfäule nach und nach kürzer, der Druck des Oeles schob das Wasser im Bohrloch in die Höhe, und schließlich wurde der Seimer nur noch ein bis zwei Fuß über ins Erdinnere unternehmen, dann würde das Wasser aus dem Loch spritzen; die Neugierigen würden fortgetrieben, und ein Adolant mit Zigaretten würde ein „Nicht aus!“ zu verurteilen werden.

Und nun kam es! Die Arbeiter lächelten Durra, die Zuschauer stoben vor dem dicken Rauch, den der Wind vor sich her trieb. Der Strahl stieg höher und höher, hoch über den Bohrturm hinaus; er zischte, plätscherte, sprang auf und nieder.

Die Sonne ging eben unter; der Himmel war purpurn, „Nicht aus!“ rief Herr Koff unentwegt; nicht einmal ein Auto durfte anfahren. Später wurde dann der Strahl abgelenkt, um das Ventil auszubasteln. Es wurde weiter abgelenkt, tief in die Nacht hinein, der Strahl wurde angeleitet und abgelenkt, angelassen und abgelenkt. Das Ganze war in der Dunkelheit unheimlich aufregend. Schließlich war es so weit, daß man „es einbringen“ konnte; das heißt, der Lauf zum Lauf wurde geöffnet, und das Petroleum strömte hinein. Es war ganz einfach, nichts Kompliziertes, nichts, das Mühe machte; man ließ es nur fließen. Der Petroleumseimer zeigte, daß jede Stunde dreißigtausend Gallonen in der Lauf flossen; der erste Lauf mußte demnach am folgenden Mittag gefüllt sein.

Ja, das war das Ganze; aber die Nachricht erschütterte das Erdinnere, als ob ein Engel in einer schimmernden Wolke erschienen wäre und goldene Dwanzigttausendstücke auf die Erde geschleudert hätte. Koff-Bankfide Nr. 1 diente als

„Beweis“ für den ganzen Nordabhang, bedeutete für Jahrzehnte, daß sich ihre Hoffnungen in eine herrliche Gewissheit verwandelt hatten. Eine derartige Nachricht konnte nicht verheimlicht werden; die Zeitungen gaben ein Extrablatt heraus: Koff-Bankfide gewinne sechszehntausend Tonnen am Tage; sein Besitzer habe dadurch pro Tag ein Einkommen von über vierundzwanzigtausend Dollar. Für werdet gerne glauben, daß die Menschen den Vater und Bunny anstarrten, wenn sie ihnen begegneten. Da geht der große J. Arnold Koff, der Besitzer der neuen Quelle! Und der kleine Kerl ist sein Sohn! Bedenkt doch, dieser Mensch erhält pro Minute dreizehn Dollar, ob er nun wachst oder schläft! Bei Gott, wenn man ein derartiges Einkommen hat, kann man sich mit ruhigem Gewissen ein gutes Essen leisten!

Bunny konnte nicht umhin, sich wichtig vorzunehmen und sich für etwas ganz Besonderes und Wunderbares zu halten. Kleine Schänder ließen ihm über den Rücken; ihm war zumute, als könnte er in die Luft springen und fliegen. Aber Väterchen sprach: „Nag dich nicht auf, mein Sohn. Kaff den Mund und werde nicht großmütig. Vergiß nicht, daß nicht du dieses Geld verdienst, sondern daß du es in kürzester Zeit verlieren kannst.“ Herr Koff war ein vernünftiger Mensch; er hatte das Bohren bereits einmal erlebt; einmal in Antelope, und einmal in Lobos River. Er konnte die Verlockung der Größe wohl verstehen und ahnen, was sie für einen Knaben bedeutete. Es war zweifellos angenehm, viel Geld zu besitzen, doch mußte man zum Fest auch das Fehlen einladen und mußte, während man den Wein des Erfolgs trank, hinter sich eine Stimme hören: „Memento mori!“

Theaterkultur

Von H. Friedel, Chemnitz

In den letzten Jahren erleben wir am deutschen Theater eine Umwälzung des Publikums, ähnlich wie vor hundert Jahren schon einmal. Damals waren es die breiten Schichten des Bürgertums, die das bis dahin feudale Theater als kulturellen und gesellschaftlichen Faktor ererbten. Es ist deshalb interessant, aus allen Berichten zu lesen, daß vielfach auch damals das neue Publikum als unzufriedener und „ungebildeter“ Eindringling empfunden und verpöndelt wurde, genau wie heute. Auch über den Niedergang des Theaters wurde lang und breit geschrieben. Heute sind es die weiten Kreise der Arbeiterklasse, die als Neulinge vor dem Vorhang sitzen. Für das Theater kann aber nichts nützlicher werden, als wenn immer wieder einmal frisches Blut zufließt. Es wird damit einer Verklammerung des Kunstbetriebes vorgebeugt und Lebensfähigkeit gefördert. Natürlich muß der Zuschauer den Willen zur Kunst mitbringen.

Wir leben heute in einer Zeit sozial-kultureller Arbeit, die allerdings noch weiter ausgebaut werden muß. Die soziale Idee, die in der dramatischen Literatur immer stärker eindringt, mußte notwendigerweise aber auch eine soziale Auswirkung auf die Theaterpraxis zur Folge haben. Wie schon gerade beim gemeinschaftlichen Theaterbesuch eine ziemlich große Rute der Entwicklung angefangen von den Volkstheaterformen, die um die Wende des Jahrhunderts einsetzten, und wozu in einzelnen Orten noch Ueberreste vorhanden sind. Sie wurden vor allem von Gewerkschaftskomitees, Beamten und anderen Organisationen durch-

geführt und sind zum Teil die Vorläufer der Volkstheater. Die heute auf gemeinschaftlicher Grundlage den Theaterbesuch planmäßig und mit Einheitsbeiträgen regeln. So wird das Theater mehr und mehr Volkstheater, allerdings noch mit mancherlei Bemerkungen.

Das Wort Volkstheater darf aber nicht falsch verstanden werden. Denn ein Theater, das gute Kunst bietet, kann nur eine Angelegenheit „gehobener“ Menschen sein, wobei es gleichgültig ist, ob die Erhebung von großer Geistes- oder hoher Dergensbildung kommt, ob die Gefolgschaft herber oder daher kommt, denn überall gibt es Begeisterter und Genauer. Der einmal Begeisterter findet aber den Weg ins Kulturtheater, denn um ein solches handelt es sich nur, wenn es allen gemeinsame Plattform zu weicher Lebenskultur ist.

Weiter müssen sich gegenwärtig große Kräfte abgeben mit Erregungsaufgaben der Zivilisation ab. Bei allem geistigen und technischen Fortschritt, der nur begrüßt werden kann, sollten wir aber nicht vergessen, Begeisterung und starkes Innenleben mehr zu pflegen. Alles sollte getan werden, um das Ungewöhnliche im Tempo der Zeit in eine vernünftige, bessere Gangart zu bringen, aber der ein Daus Bescheidenheit und edler Lebensgenuss liegt.

Richtig, daß gewisse wirtschaftliche Voraussetzungen zu einer Kulturarbeit gehören, aber neben den Hiesigen im Kampf um bessere Lebensbedingungen muß die Menschheitskultur und Erziehungsbildung mit einhergehen.

Der Kuli, der aus den Klüften des Einzelneinigen emporkommt, ist eng verbunden der Kunst, die mehr aus den Besitzern des Geisteslebens kommt. Diese Verbindung der Grundgedanke mit dem Geistigen in allen untern Lebensäußerungen zu fördern, ist das Theater eine ideale Stelle.

Wir sollten alles tun, um wenigstens den kommenden Generationen wieder mehr innere Ruhe und stärkere Kräfte zu übermitteln. Presse, Kino, Flugzeug und Radio sind wunderbare Erziehungsmittel, aber wir lassen uns viel zu sehr von ihnen jagen, gerade so wie vom heutigen Berufsleben mit seiner meist entleerten Arbeitsteilung.

Glücklicherweise sind heute Ansätze einer Entwicklung vorhanden, die sich dem moralisch Gewordenen der heutigen Zivilisation entgegenstellen. Das sind vor allem die engeren Verbindungen mit der Kunst und der Kunst. Beides sind echte Werte.

Darum sollten wir gerade das Theater auch in die Werbung verpflanzen, weil es das edelste und einbringlichste Mittel zur Schaffung einer guten Provingkultur ist. Es wirkt anregend und vertiefend, reizt zum Gedankenaustausch und bricht den Mann geistlicher Vereinfachung. Sehr bald wird das Theater der Mittelpunkt des geistigen Lebens am Orte sein. Nur begeisterungsfähiges Publikum gehört natürlich auch eine Künstlerkraft mit einer Leistung, die dem Reizen, Verbenden gewachsen ist.

Zur Frage des Laienspiels seien einige Worte gesagt. Es ist in den letzten Jahren viel darüber geredet und geschrieben worden. Soweit es überhaupt nicht nur geistlichen Juchens dient, kann es nur vorbereitend wirken. Die Kunst, die Einführung in die letzten Mysterien, bleibt immer nur Berufenen vorbehalten.

Dichter, Darsteller, Maler, Musiker sind die geistigen Arbeiter, deren jede wahre Kultur bedarf. Der gute Wille allein genügt nicht, zu ihm müssen sich Geist und Können gesellen.

Einer der wichtigsten Faktoren zur Vermittlung von Kunst sind aber lebendige, feste Organisationen, die als Kulturgruppen einen Kreis kunstbegeisterter Menschen umschließen. Die beste Grundlage hierzu ist die Volkstheater, die alle die Schichten der Bevölkerung, die bis vor kurzem dem Theater ferngeblieben waren oder aus wirtschaftlichen Gründen fernbleiben mußten, mit heranzieht. Wie vor hundert Jahren das Bürgerturn in das Theater mit einzog, so soll es heute, aber viel stärker als früher, auch die Arbeiterklasse tun.

Brauchen wir das Abendgymnasium?

Der Wunsch nach Wissen und Bildung reißt sich im Proletariat um so stärker, je mehr die Demokratisierung unseres gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens die Berufs- und Standesprivilegien zerstört, und je mehr, grundständig wenigstens, dem Tüchtigen der Aufstieg zu neuen Kräften und höchsten entsprechenden Berufen, Ämtern und sonstigen Arbeitsstellungen garantiert wird. Was nun die Ausgestaltung unseres gesamten Schulwesens, die Regelanleihe, die Erfüllung dieser Bildungswünsche im Laufe der Zeit auch am natürlichsten regeln und gewährleisten, so werden von dieser neuen Schule doch immerhin erst die jüngsten Generationen erfasst. Um nun auch den nicht mehr erlangten Jahrgängen die Möglichkeit zur gewünschten Ergänzung ihrer Bildung zu geben, wurde in den meisten Freistaaten die Einrichtung der erleichterten Immatureprüfung geschaffen, die einzelnen besonders Befähigten den Weg zum Hochschulstudium auch außerhalb des vorgeschriebenen Bildungsweges freizibt. Zu dieser Einrichtung, deren Notwendigkeit und Nutzen durch die verhältnismäßig große Zahl von Arbeiterstudenten bestätigt wird, die als ehemalige Volksschüler durch die den Zugang zur Unterstufe gefunden haben, ist nun, zuerst in Berlin, im weiteren Gefolge aber auch in Hamburg, Köln, Düsseldorf, Mainz, eine zweite Einrichtung getreten: das Abendgymnasium.

Diese von Prof. Silbermann aus dem Vereinigten Staaten eingeführte Institution hat den Zweck, Arbeiter und Kleinrentner in einer geschlossenen, sich über fünf Jahre erstreckenden Abendschule zur Oberstufe zu führen, ihnen also die normale Berechtigung zum Hochschulstudium zu verschaffen. Der Schulplan ist infolgedessen auch ganz der einer deutschen Oberschule. Die durch strenge Intelligenzprüfung ausgezeichneten Schüler erhalten vom Montag bis zum Freitag täglich vier Dreiviertelstunden Unterricht. Die Beträge sind dieses Abendgymnasiums, wenigstens in Berlin, nicht vom Staat, sondern von einem „Verein zur Förderung des Abendgymnasiums“, dem je zwei Vertreter des Staates, der Stadt, der Arbeiterklasse, der Gewerkschaften und der Märentschaft angehören. Der Unterricht ist, von einer Semestergebühr von 10 Mark abgesehen, frei.

Es macht sich nun die Frage notwendig, ob die Existenz dieses Abendgymnasiums und seine weitere Förderung auch wirklich im Interesse der Arbeiterklasse, besser noch der Arbeiterklasse, liegt.

Zur selbstverständlichen Beziehung verführt werden könnte man, wenn man nach Amerika blickt, wo die Abendgymnasien gegen 35000 Besucher aufweisen, oder auch nach Berlin, wo sich zur ersten Prüfung über 3000 Bewerber meldeten, von denen freilich nur 126 die Zulassung erhielten. Eine kritische Befragung mit der Frage läßt aber doch einige ganz wesentliche Bedenken aufsteigen, und zwar praktischer wie grundsätzlicher Art.

In praktischer Hinsicht müssen die an die Schüler gestellten Forderungen, nach der regelmäßigen Tagesarbeit noch ebenso regelmäßige, den ganzen Abend und nahezu die ganze Woche ausfüllende Abendunterrichte zu bewältigen, und das fünf, mit dem Unidivitätsbesuch sogar neun Jahre lang, als über die Kräfte eines Menschen gehend bezeichnet werden. Abgesehen davon, daß dem Schüler in diesen Jahren fast jeder Genuß von Theater, Konzert und anderem verweigert, der gerade dem geistig regsamsten Menschen sehr schen und ihn an der Lösung der inneren Kräfte hindern kann.

Wesentlich aber als diese mehr äußerlichen Gründe dürften die grundsätzlichen sein. Mit Recht wurde in einer Versammlung der Schulreformer in Dresden darauf verwiesen, ob eine solche „Verkopfung“, ob solche Versuche, auch den letzten intelligenten

Menschen der rein geistigen Arbeit zuzuführen, in der Richtung der Bestrebungen der Schulreformer liegen können. Mit diesem Einwand kam man den Gedanken nahe, die meiner Ansicht nach entscheidend sind, weil sie die Institution vom einzigen und möglichen Gesichtspunkt aus werten und beurteilen, dem des Interesses der Arbeiterklasse an dieser Abendschule und ihren Ergebnissen. Nur unter diesem sozialen Gesichtspunkte darf zu der Frage Stellung genommen werden. Im Augenblick aber, da das gefasste, handelt es sich bei der Abendschule nicht mehr bloß um eine Bedürfnisfrage, sondern weit mehr noch um eine Zweckmäßigkeitsfrage. Denn über das Bedürfnis nach gut ausgebildeten, unerschöpflichen geistlichen Kräften, die sich in der Arbeiterbewegung dem allgemeinen sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse widmen, besteht nur eine Meinung.

Ob das Abendgymnasium vom Charakter einer deutschen Oberstufe nun das geeignete Bildungsinstitut für diesen Nachwuchs? — Nein, es ist es nicht, und zwar aus folgenden Gründen:

Das Abendgymnasium muß, um seinen Zweck zu erfüllen, dem Schüler die Abiturprüfung zu vermitteln, sich streng an die vorgeschriebenen Lehrpläne halten. Das bedingt, daß der Schüler gewisse Kräfte erwerben muß, das ihm nicht nur überflüssig erscheint, sondern fast ausschließlich überflüssig ist. Die Notwendigkeit, einen Stoff in fünf Jahren zu bewältigen, den der normale Schüler sonst in acht Jahren erwerben kann, zwingt ihn zu einer fast vollständigen Vernachlässigung, die noch immer der Tod jener schöpferischen Tätigkeiten war. Der fünf- beziehentlich neunjährige Lernzwang entfremdet ihn aber auch dem öffentlichen geistigen und politischen Leben derart, daß die Gefahr sehr groß für ihn ist, die unmittelbare Fühlung mit ihm zu verlieren, so sich damit überhaupt aus ihm herauszulösen. Das kann gleichgültig sein, wo es sich bloß um Menschen handelt, bei denen das Streben nach ganz persönlichem Vorteil, nach individueller Vervollständigung der Beweggründe zum Besuch des Abendgymnasiums ist. Doch wie denken ja nicht an den „Streber“, sondern an den Arbeiter, den der Wunsch, sich für die Bewegung zu eignen, auf das Gymnasium treibt. Er dürfte der Arbeiterbewegung verlorengelassen, dürfte ihr wenigstens als unmittelbare Kraft verlorengehen, während er sich dem allgemeinen politischen Leben in diesem Maße nicht zu entfremden braucht.

Aber gerade im Verlust dieser Intelligenzen für die Arbeiterbewegung, in ihrer Entzweiung aus dem Leben, der ihnen soziale Heimat erde ist, und aus der Verpflanzung in Erde, in der sie nie ganz verwurzelt werden, in der sie darum auch nie zu leichten, ihren Kräften entsprechender Entfaltung kommen können, liegen die nachteiligen Folgen dieses Abendgymnasiums. Denn die Arbeiterbewegung behält ganz dringend der Kräfte, in denen sich ein gutes Maß praktischer Erfahrung mit dem gleichen Maße geistigen Wissens und Könnens verbindet.

Nun können alle diese Bedenken, wenigstens in viel beschränkterem Maße, natürlich auch gegenüber dem durch das erleichterte Natur ermöglichten Unidivitätsstudium geltend gemacht werden. Nur fällt hier ins Gewicht, daß die Jahre des Studiums um die Hälfte weniger sind, daß die Form des Studiums nicht so ausschließlich Ziel und Kraft des Lernenden fordert, und daß die Zulassung erst vom fünfundsiebzigsten Lebensjahre an erfolgt, ein Umstand, der es mit sich bringt, daß der Arbeiterstudent bis dahin genügend Zeit besaß, sich die notwendige, selbst seine Studiengänge überdauernde Bindung mit der Arbeiterbewegung zu verschaffen. Für solche Institutionen gilt aber in gleichem Maße — und das ist das wesentlichste Moment —, daß sie infolge ihrer traditionellen

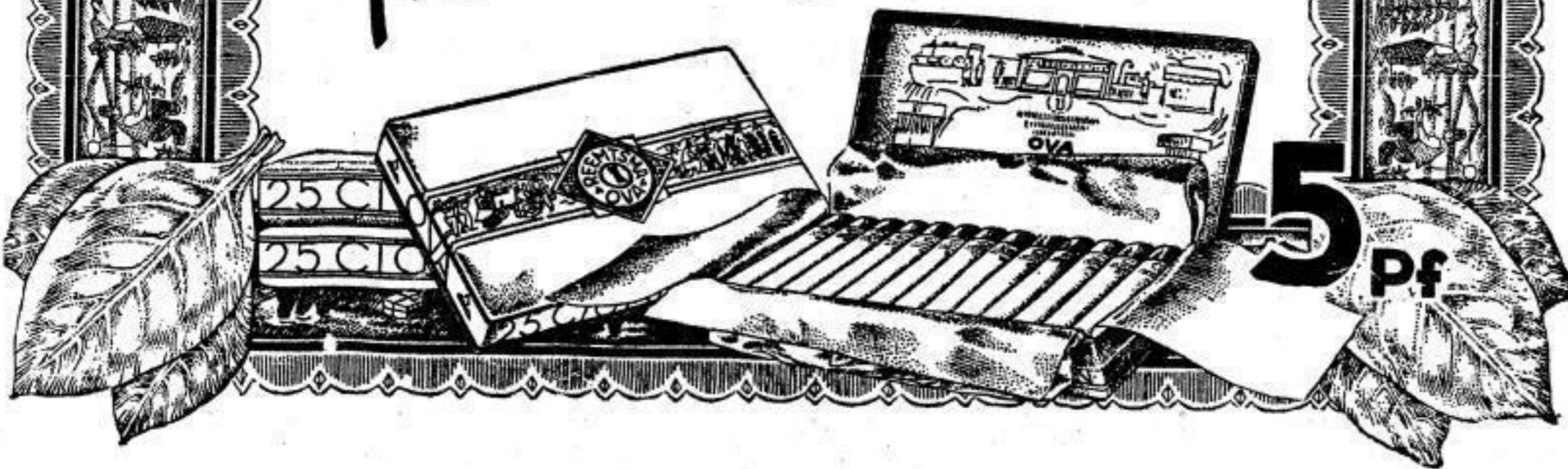


Die qualitative Eigenart dieser Cigarette beruht auf Mischungsmethoden, die durch Patentanmeldungen in allen Kulturstaaen geschützt sind, und auf einem Tabakrezept, das auch zu bedeutend höheren Preisen nicht erreicht werden kann.

**REEMTSMA
CIGARETTEN**

OVA

im Anaberenformat



en gelang
zur Not
offen, und
aussehen.
der Name,
ang miß-
und Lug
sche oder
aufschrei
) wickeln
Klaviers
der. Wä-
ste. Mit-
eben eine
aber doch

enzen und
we.

reinigung
quartier
größeren
e Straße
dieser Lage
wertvoller
Beitrag und
in allen
im Finale
zu stark
ist. Dem
s Dritte
es (Wand
d Klavier
n erbaut
P. B.

der am
wissenschaftlichen
ren jedoch
eine ganz
Flage über
vom Klavier
der allen,
anden ist
scheit, in-
der Ver-
und die
nung der
neberst
zubrüden,
quittieren,
so hat
nd ehrlich
das Ent-
vorüber-
berleben
k Beifolge
auf diesem
ng, aber
we.

torov
gaa ge-
naler von
Mit ge-
u Roman-
B hätte er
recht zum
Klambföhen

es Geistes
wird uns
t. Damit
berleben-
berung-
noch eine
man in
Rundschau
n Beispiel
amerika-
bort in
Wan legt
edern hat
en? Die
erikamische
gens sind
mer Weite
mben und
Amerika-

aufammen
Publikum
nes Café
ou feiner
cht unfer

alles be-
000, wet
an. An
ird besser
listen er-
eiler und
fragte

denn die
en Stand-

zuris,
d, daß

Restern?"

Vornan-
er fahren
nehmen.
iben die

über für
nur ein
fein, und

Wogulen
ste meine
es wüßten
che Mann.

t werden
emühun-
de ich in
prechen."

Frühjahrs

Wir bringen unserem Kundenkreise mit unsrer Frühjahrsmesse **außerordentlich Billiges u. qualitativ Hochstehendes** in überwältigender Fülle. Jedes Angebot ist eine Leistung.

Der Vorverkauf beginnt Freitag nachmittag

Beginn:
Sonnabend
den 10. März
vormittags
8 1/2 Uhr

Konfirmanden-Mäntel aus halberw. z. Voch. engl. gemust. Stoffen u. Cheviot, in schön. jugendl. Formen 18,50, 16,50, 14,50, 12,50, 9,75	7,95
Wettermäntel Herreastoffgeschmack, in schön. harm. Sportform 12,50, 9,75	8,75
Herrenstoff-Mäntel in mod. z. z. mod. Herrenstoffgeschmack, feuch. Ein-Kängarnierung, mit Quetschfalten und Gürtel 14,50	19,50
Backfisch-Mäntel aus reinwollenen Ripen, flotte Schnittform, in modernen Frühjahrsfarben 14,50	9,75
Reinw. Kasha-Mäntel der elegante Modestoff, Rücken mit Birsengarn. u. Gürtel, in den apart. Frühjahrsfarben 20,50, 21,50, 19,50	14,50
Kasha-Kleider mit und ohne Nappé, reine Wolle, mit Bordüre oder Kurzbesatz, feuch. verarbeitet 19,50	14,50
Sami-Kleider aus schwarzem Körpervelvet, ohne Arm, mit Tresse und Seidenbandgarnierung 9,75	7,95
Sami-Kleider aus schwarz. Linderw. Körpervelvet, mit langem Arm, schräger Saumbegarnierung u. Gürtel, 21,50, 19,50	12,50
Entlassungs-Kleider aus reinwoll. Popeline, 30/3, 30/4, 30/5, 30/6, 30/7, 30/8, 30/9, 30/10, 30/11, 30/12, 30/13, 30/14, 30/15, 30/16, 30/17, 30/18, 30/19, 30/20, 30/21, 30/22, 30/23, 30/24, 30/25, 30/26, 30/27, 30/28, 30/29, 30/30, 30/31, 30/32, 30/33, 30/34, 30/35, 30/36, 30/37, 30/38, 30/39, 30/40, 30/41, 30/42, 30/43, 30/44, 30/45, 30/46, 30/47, 30/48, 30/49, 30/50, 30/51, 30/52, 30/53, 30/54, 30/55, 30/56, 30/57, 30/58, 30/59, 30/60, 30/61, 30/62, 30/63, 30/64, 30/65, 30/66, 30/67, 30/68, 30/69, 30/70, 30/71, 30/72, 30/73, 30/74, 30/75, 30/76, 30/77, 30/78, 30/79, 30/80, 30/81, 30/82, 30/83, 30/84, 30/85, 30/86, 30/87, 30/88, 30/89, 30/90, 30/91, 30/92, 30/93, 30/94, 30/95, 30/96, 30/97, 30/98, 30/99, 30/100	4,95
Kasha-Kleider aus kariertem od. feuch. gestreiftem Kasha, mit Metallborten durchwirk. flotte Saumbegarnierung 9,75	7,95
Aparte Strick-Kleider in schön. Jacquardmuster, Lumberjack mit dazu passenden und oder gemusterten Rock 19,50, 17,50, 15,50	9,75
Strick-Röcke reine Wolle, in modernen Sommerfarben 12,50, 9,75	6,95
Damen-Lumberjacks Wolle und Wolle mit Seide, in schön. Designs 8,50, 6,50, 4,50	3,95
Damen-Strickjacken mit Pflanz- und Krimmerbesatz, in schön. Jacquardmuster, mit Gürtel 13,50, 11,50, 9,50	7,95
Herren-Normalhosen wollgemischt, alle Größen 1,75	1,75
Herren-Normalhemden wollgemischt, Doppelbrust, alle Größen 1,95	1,95
Herren-Makohosen unsere bewährten Qualitäten, alle Größen recht Mako, alle Größen 3,00, 2,40	1,95
Herren-Makohemden alle Größen recht Mako, alle Größen 1,95, 2,99	2,45
Einsatzhemden mit schön. Ripen- und Perleinsätzen, alle Größen 1,45	1,45
Unterziehhörschen fein gestrickt 96	48
Damen-Schlupfhosen Baumwolle, in schön. Farben recht Mako 1,95, 1,40	78
K'seidentrikot-Schlüpfer mit und ohne Valent, in vielen Farben 1,35, 1,45, 95	78
Damen-Schlüpfer aus gestreiftem Mikastoff, in schön. Farben 2,80, 2,70	1,95
K'seidentrikot-Kinderschlüpfer darunter auch gestrickt, in vielen Farben, alle Größen 95	95

Hemdentuche u. Linon 80 cm breit, kräftige Gebrauchsqualität Meter 88	38
Renforcé 80 cm breit, feinfädig, unsere bewährte Qualität, für Leibwäsche Meter 95, 78, 68	48
Makotuch 80 cm breit, reine Mako, für elegante Wäsche Meter 95, 85	58
Damas-Garnituren seidenfärbende Qualität, moderne Muster, 1,30 cm breit 2,35, 1,25, 80 cm breit 1,45	95
Stangenlein-Garnituren unsere bewährten Qualitäten, Deckbreite 1,50, 1,45, 1,25, Kissenbreite 1,25, 98	78
Bettinlett gute Körperware, federnicht, 120 cm breit 1,30 Kissenbreite	1,25
Sportflanelle in schön. Stoffen, für Sportkleiden und Schlafanzüge 48	48
Sportzeppir waschecht, in vielen Stoffen und Farben, nur soweit Vorrat Meter 28	48
Oberhemden-Balist glatt und kariert, 80 cm breit, in modernen Farben, waschecht 88	88
Gesundheits-Bettücher mit waschechten farbigen Kanten, 100x200 cm 2,45	2,45
Stangenleinen ungebleicht, kräftige haltbare Qualität, 1,30 cm breit 1,45, 88 cm breit 78	78
Bettbezüge guter Wäschestoff 1 Deckbett, 2 Kissen, 1 Kissen bestickt 1,30, 1,25, 1,15, 1,05, 0,95, 0,85, 0,75, 0,65, 0,55, 0,45, 0,35, 0,25, 0,15, 0,05	5,95
Frottier-Handtücher mit Jacquardkante n. 67 & 68, 100-110 cm lang 1,45, 1,25, 98	68
Große Badetücher schwere Jacquardware mit schön. waschechten Kanten 7,10, 6,90	4,95
Schürzenstoffe 80 cm breit, waschechte Stoffe, in Qualität Meter 95	95
Herren-Oberhemden mit Krage, 2. und 3. Hals u. Perle, mit glattierter Brust, mod. Karo und Streifen 2,95	2,95
Oberhemden Sportform, aus mod. gestr. Trikot, darüber auch ganz weiß, in sehr kariert, mit Krage, 6,90	5,95
Selbstbinder mit Frühjahrsmode-Neuheiten, nur gute Qualitäten 1,35, 1,45, 1,05, 98	38
Damen-Taghemden Trägerform, guter Wäschestoff, mit Sticker, Klöppel- und Sticker-Motiven, 1,75, 1,45, 1,25	95
Damen-Taghemden Achselschul, mit Languetto oder moderner Sticker 1,95, 1,75, 1,45	95
Damen-Nachthemden 80 cm breit, reines Mako, für elegante Wäsche Meter 95, 85	1,95
Damen-Nachthemden aus fe. Makobalst, niedrig Valencienespitze, vierseitigen Ausschnitt oder Rubilragen, 3,50	2,95
Damen-Hemdosen aus fe. Makobalst, niedrig Valencienespitze, vierseitigen Ausschnitt oder Rubilragen, 3,50	1,45
Damen-Hemdchen fein gestrickt, mit Trager 95, 85, 65	48
Damen-Hemdchen fein gestrickt, Windelform 1,75, 1,45, 1,25	95
Höflicher und Beherrschender Dreil u. Damastdreil, darunter in Gummielast, unser großes, aus Musterkollektionen, nur soweit Vorrat 95	95
Strumphaltergürtel aus glattem Dreil mit vier Halften, 1,50, 1,25, 1,05, 0,85, 0,65, 0,45, 0,25	48
Büstenhalter aus Wäschestoff, Mikastoff, mit Spitze garniert 1,45, 1,25, 95, 68	38
Büstenhalter aus Kseide und gestreiftem Mikastoff, Rückenanschluß und Schlupfform 1,45, 95, 78	48
Seidentrikot-Hemdosen in modernen Farben 1,95, 1,45	95
Seidentrikot-Hemdosen gestrickt, mit breiter Spitze, Windelform 2,25, 4,25, 3,95	2,95
Seidentrikot-PrinzeBrücke in modernen Farben 2,95, 1,95	1,45
Seidentrikot-PrinzeBrücke gestrickt, mit und ohne Spitze, elegante Farben 3,95, 4,95, 2,95	2,95
Crépe-de-Chine-Hemd-hose reine Seide, aparte Farben, mit eleganten breiten Spitze 0,95, 9,95	6,95
Damen-Hemdosen aus schwerer Mikastoffseide, mit eleg. breiter Spitze, Windelform (PrinzeBrücke dazu pass. 11,50)	9,75
Rock-Hemd-hose aus gestr. Mikastoff, mit breiter Spitze, wunderbare Farben 0,75, 7,95	5,95
Aparte Schotten in modernen Frühjahrsfarben 95	95
Lamé-Traveur gestrickt, das Neueste für Kleider und Pullover 1,95	1,95
Kasha-Koppé in modernen Karo u. Traveur-Strifen, mit Metall durchwirk. 2,45, 2,25	1,75
Kunstwäscheseide Bastfarbe, mit farbiger Sticker 2,25	2,25
Kunstwäscheseide in modernen Unterarten, echtfarbig 95	95
Waschsamt darunter auch Linderw. Qualität, gedruckt, in schön. Kleiderfarben 2,05, 2,45	1,95
Rohseide bedruckt, ca. 85 cm breit, reine Seide 2,15, 2,45, 2,15	1,95
Reinwollene Popeline ca. 85 cm breit, in vielen Kleiderfarben 2,45	1,95
Kunstseid. Kostüm- und Mantelfutter mod. Farben und Muster 2,45	1,95
Imprägn. Mantelstoffe 110 cm breit, in schön. Karo, darunter auch reine Kammingstoffe, in schön. Farben, 2,65	6,95
Damen-Strümpfe Baumwolle, verstärkte Fersen und Spitze, darunter auch mit Doppelsohle 48	38
Damen-Strümpfe Seiden-, Naht, Doppels, Hochl., schweb. und farbige 1,95, 1,75, 1,45, 1,05, Mako u. Seidenmako 2,25, 1,95, 1,45	95
Damen-Strümpfe Wäscheseide, Nembeg-Adler, mit kleinem Schönheitsfehler 2,95, 2,45	1,95
Kinder-Söckchen dunkel und weißgrün, mit buntem Wollrand, Gr. 8, 9, 10 durchweg 38	38
Herren-Socken grob. Strumpfart-Qualität und Baumwolle, unifarb. 0,8, 4,9, 3,8	35
Herren-Socken Jacquard, Baumwolle 1,95, 1,45	95
Damen-Handschuhe für den Übergang, Zedru und smitert darüber, mit und ohne Stulpen 1,95, 1,75, 1,45	95
Damen-Handschuhe Glas- und Ziegenleder, mit und ohne Stulpen, 6,95, 4,95, 4,45, Nappaleder 3,45	3,95

SAXONIA

WOLLWARENHAUS
DRESDEN-LUSTAU Falk & Passner KESSELSDORFER STR. 8 u. 9.